

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungs-  
gesellschaft mbH, Senftenberg

## Geschäftsbericht 2011



# Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

## Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

### 1 Einleitung

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH („LMBV“) mit Sitz in Senftenberg befindet sich zu 100 % im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland („Bund“).

Die LMBV hat nach Stilllegung der ihr übertragenen nicht privatisierungsfähigen Produktionsstätten folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Sanierung der unter Bergrecht stehenden Baulichkeiten, Anlagen und Flächen entsprechend den von den Bergämtern genehmigten Abschlussbetriebsplänen (Sanierungsbergbau),
- Verwertung des Anlagevermögens, welches durch einen umfangreichen Liegenschaftsbestand geprägt wird, sowie Durchführung nachlaufender Verwaltungsaufgaben für die stillgelegten Produktionsbetriebe (Nichtsanierungsbergbau).

Die Finanzierung des Sanierungsbergbaues erfolgte im Geschäftsjahr 2011 auf Basis des dritten ergänzenden Verwaltungsabkommens vom 2. Juli 2007. Dieses dritte ergänzende Verwaltungsabkommen (VA IV) gilt für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2012 und umfasst ein Gesamtvolumen von mehr als EUR 1,0 Mrd.:

- Maßnahmen im Rahmen der Rechtsverpflichtung der LMBV zur Bergbausanierung in Höhe von EUR 663,5 Mio. gemäß § 2 VA IV,
- Maßnahmen zur Abwehr von Gefährdungen im Zusammenhang mit dem Wiederanstieg des Grundwassers in Höhe von EUR 262,1 Mio. gemäß § 3 VA IV sowie
- Maßnahmen u. a. zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards über die Verpflichtungen der LMBV hinaus in Höhe von ca. EUR 100,0 Mio. gemäß § 4 VA IV.

## Lagebericht

Darüber hinaus wurde die LMBV beauftragt, durch Einwerben von zusätzlichen Mitteln aus der Arbeitsförderung die finanziellen Voraussetzungen zur Beschleunigung des Sanierungsfortschritts zu schaffen und damit weitere beschäftigungswirksame Effekte zu erzielen.

Infolge der Ende 2010 unerwartet aufgetretenen Instabilitäten auf Innenkippen in der Lausitz wurden vorsorglich umfangreiche Flächensperrungen vorgenommen. Mit Unterstützung des aus international anerkannten Wissenschaftlern der Geotechnik aus ganz Deutschland gebildeten geotechnischen Beirates der LMBV erfolgten und erfolgen auf der Grundlage des aktuellen Standes der Technik, der Wissenschaft und Forschung erneute geotechnische Analysen aller Innenkippenbereiche der Lausitz. Im Ergebnis konnte ein Teil der gesperrten Flächen wieder eingeschränkten Nutzungen zugeführt werden. Die geologisch, geotechnisch und hydrologisch relevanten Daten jeder Kippe werden in einem so genannten Kippenkataster dreidimensional zusammengeführt.

Ansätze für technische Maßnahmen zur Sicherung von Schutzobjekten auf Kippen, wie öffentliche Straßen und bauliche Anlagen sowie für die großflächige Ertüchtigungen von Innenkippenarealen werden in Labor- und Feldversuchen erprobt. Ziel der LMBV ist es, im Jahr 2012 die erforderlichen ergänzenden Maßnahmen zur Stabilisierung der Innenkippen zu konzipieren, um diese ab 2013 schrittweise umzusetzen.

Die zur Ursachenermittlung des Böschungsereignisses in Nachterstedt vom Juli 2009 notwendige Erhebung neuer umfangreicher Daten wurde im Jahr 2011 mit Einsatz modernster Technik und mit hoher Intensität fortgesetzt. Schwerpunkte waren die Gewinnung neuer Daten aus dem Rutschungskessel und seiner unmittelbaren Umgebung durch Bohrungen im Concordiassee von drei seetüchtigen Pontons aus, die Erkundungs- und Sicherungsmaßnahmen entlang der Südwestböschung mit Niederbringung zahlreicher Brunnen und Grundwassermessstellen sowie die Klärung offener Fragen zur Existenz und Lage einiger untertägiger Grubenbaue aus dem 19. und 20. Jahrhundert.

Es ist geplant, im zweiten Halbjahr 2012 mit der Sicherung und Neugestaltung des beeinträchtigten Böschungsareals sowie mit der Sanierung anderer Böschungsbereiche zu beginnen.

Die im Nichtsanierungsbergbau erzielbaren Erträge reichen nicht aus, um die hier anfallenden Aufwendungen vollständig auszugleichen. Insofern stattete der Bund die LMBV mit dem erforderlichen Eigenkapital und den notwendigen liquiden Mitteln zum Ausgleich der erwarteten Verluste und liquiden Fehlbedarfe aus. Die jeweils noch freien Mittel hat die LMBV an den Bund ausgeliehen. Die Mittel fließen bedarfsgerecht auf Basis der Wirtschaftspläne an die LMBV zurück.

Die im Gesellschaftsvertrag der LMBV definierten Aufgaben sind endlich, wenngleich deren Realisierung einen wesentlich längeren und aus heutiger Sicht unbestimmten Zeitraum einnimmt. Insofern hat die LMBV in Konsequenz aus der Abarbeitung ihrer Aufgaben auch die

Verpflichtung, regelmäßig ihre Organisationsstruktur und ihren Personalbestand zu überprüfen und gegebenenfalls an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Unter dieser Prämisse und insbesondere unter Beachtung der aktuellen Einschätzung der Planungs- und Genehmigungsstände der laufenden Sanierungsarbeiten, der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen der Gefahrenabwehr sowie der Ereignisse im Tagebau Nachterstedt und in den Innenkippenbereichen der Lausitz, war es notwendig, im Rahmen der jährlichen Präzisierung der Personalentwicklungskonzeption den Stellenplan für 2011 und 2012 ff. so zu gestalten, dass die Arbeitsfähigkeit der Gesellschaft erhalten bleibt. Aufsichtsrat und Gesellschafter haben den aktuellen Planansätzen zugestimmt. Im Einvernehmen mit den betrieblichen Mitbestimmungspartnern hat die Gesellschaft, vornehmlich für die Struktureinheiten Geotechnik, Planung sowie für die Sanierungsbereiche dementsprechende Neueinstellungen vorgenommen.

Hochrangige Vertreter des Bundes und der Länder haben sich dazu bekannt, dass die Braunkohlesanierung auch nach 2012 weitergeführt werden soll. Anfang Februar wurde die abgestimmte Endfassung des Entwurfs eines VA V für den Zeitraum 2013-2017 verabschiedet. Der Bund sowie die Braunkohleländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nehmen nun entsprechende Abstimmungen in ihren Häusern vor.

## 2           Wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsfeld Sanierungsbergbau im Geschäftsjahr 2011

Die LMBV als Bergbauunternehmen und Projektträger der Braunkohlesanierung erfüllte ihre Aufgaben unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auch im Jahr 2011 erfolgreich.

Für die Fortsetzung der Braunkohlesanierung im Rahmen der Rechtsverpflichtungen der LMBV gem. § 2 des VA IV haben der Bund, die Braunkohleländer und die Arbeitsverwaltungen im Jahr 2011 finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt EUR 116,4 Mio. unter Berücksichtigung der für das Jahr 2011 genehmigten Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit zwischen § 2, § 3 und Betriebsmitteln des Nichtsanierungsbergbaus bewilligt. In der Abarbeitung ergaben sich Aufwendungen von EUR 116,1 Mio., davon entfallen EUR 22,2 Mio. auf Eigenleistungen der LMBV und EUR 93,9 Mio. auf Fremdleistungen.

Einen besonderen Schwerpunkt stellte im Jahr 2011 die Bewältigung der komplexen Probleme auf Grund der eingetretenen geotechnischen Situation dar. Auf Grund der damit verbundenen Mehraufwendungen führten die notwendigen Leistungsverchiebungen zu einem gegenüber den Vorjahren deutlich höheren Überhang in das Folgejahr.

## Lagebericht

Die LMBV hat unmittelbar nach dem Grundbruchereignis im Tagebau Spreetal ab Oktober 2010 parallel zur Ursachenermittlung rund 17.500 ha Innenkippenflächen in Brandenburg und Ostsachsen vorsorglich zusätzlich zu den bestehenden Sperrbereichen abgesperrt. Eine vorsorgliche Sperrung von Teilen der Innenkippenflächen im mitteldeutschen Revier wurde nicht erforderlich, weil die Kippen sich dort in der Regel aus so genannten Mischböden mit bindigem Material zusammensetzen und nicht verflüssigungsgefährdet sind.

Am 7. Januar 2011 hat die LMBV eine Fachberatung zu den geotechnischen Problemen mit Sachverständigen für Geotechnik sowie Fachexperten, die über das wissenschaftlich-technische Know-how der geotechnischen Sicherung von Kippen und Kippenböschungen verfügen und den Kreis der aktiven Wissensträger im Osten Deutschlands repräsentieren, geführt.

In den besonderen Fokus genommen werden müssen der Einfluss von extremen meteorologischen Ereignissen in Verbindung mit der Morphologie sowie der Einfluss von Setzungs- und Sackungsprozessen im Kippenmassiv im Zuge des Grundwasserwiederanstiegs, der bisher als ein sich gleichmäßig und ohne signifikante Energiefreisetzung vollziehender Prozess eingestuft wurde. Um diese und ähnliche Fragestellungen grundsätzlicher Art so rasch wie möglich anzugehen, eventuelle Wissens- und Kenntnislücken zu identifizieren sowie zu schließen und schließlich die erforderlichen Maßnahmen zum Ausschluss von geotechnischen Instabilitäten zu konkretisieren, hat die LMBV-Geschäftsführung zu ihrer fachlichen Unterstützung bei der Bewältigung dieser komplexen Aufgabenstellung einen geotechnischen Beirat berufen.

Als Mitglieder des Geotechnischen Beirates konnten international anerkannte Fachexperten, bewährte Sachverständige für Geotechnik sowie namenhafte Vertreter von Universitäten, Hochschulen und Bergbauunternehmen gewonnen werden. Der Beirat hat sich am 24. Februar 2011 konstituiert.

Nach der Erörterung der aktuellen Situationen und Problemstellungen wurden die Fragenstellungen einschließlich ihrer Handlungsbedarfe definiert. Im Ergebnis wurden fünf Arbeitsgruppen gebildet, die sich schwerpunktmäßig mit den Themen des Aufbaus eines integrierten Kippen-, Sicherheits-, Informations- und Managementsystems, der Ausarbeitung bzw. Fortschreibung der geotechnischen Leitfäden, von zukünftigen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie von speziellen Innenkippenbewertungen ausgewählter Standorte befassen.

Der Beirat tagt drei- bis viermal jährlich und gibt Empfehlungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitsgruppen.

Die vorsorglich gesperrten Kippenflächen der Lausitz wurden einer Bewertung zur Grundbruch / Geländeeinbruchgefahr infolge von Verflüssigungen unterzogen. Hierzu wurden insgesamt 14 Unternehmen beauftragt.

Am 31. März 2011 wurden die Ergebnisse und weiteren Arbeitsschritte aus der aktuellen Bewertung von 35 Einzelgutachten im Rahmen einer Pressekonferenz im Beisein des brandenburgischen Wirtschaftsministers, Vertretern der Bergämter Brandenburgs und Sachsens sowie der LMBV der Öffentlichkeit vorgestellt. Am 5. April 2011 wurden der Sachstand und das weitere Vorgehen auch im Sächsischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit den Landräten und Bürgermeistern in Ostsachsen vorgestellt.

Mit den betroffenen Grundstückseigentümern bzw. Nutzern wurden Gespräche

- zur eingeschränkten Nutzung mit Verhaltensanforderungen,
- zum Angebot von Austauschflächen, insbesondere von der BVVG sowie
- zu eventuellen Schadensregulierungen, falls eine weitere Nutzung nicht gestattet bzw. keine Austauschfläche angeboten werden kann, geführt und ggf. Entschädigungsvereinbarungen abgeschlossen.

Im Januar und Februar 2011 ereigneten sich in Schlabendorf-Nord weitere kleinere Geländeeintrübe. Am 24. Februar 2011 kam es in Folge Verflüssigung zu einem größeren Geländeeintrübe in Schlabendorf-Nord auf einer Fläche von ca. 1.000 m x 400 m.

Im Bereich Seese West wurde am 2. Mai 2011 bei Rütteldruckverdichtungsarbeiten eine Setzungsfließbrutschung ausgelöst. Auf einer Fläche von ca. 45 ha gab es bis zu 8 m Geländeabsenkungen und horizontale Geländeverschiebungen bis zu 50 m.

Die zuvor beschriebenen Ereignisse fanden innerhalb der bereits gesperrten Flächen statt.

Für das Sonderprojekt Nachterstedt sind für im Zusammenhang mit den notwendigen Sicherungsmaßnahmen und der Schadensregulierung Aufwendungen in Höhe von ca. EUR 20 Mio. im Jahr 2011 angefallen. Die Finanzierung dieses Sonderprojektes im Jahr 2011 wurde im Verhältnis 75/25 durch den Bund und die Braunkohleländer übernommen.

Anfang 2011 hat die LMBV den Jahresbericht 2010 mit den durchgeführten Maßnahmen zur Ursachenforschung der Böschungsbewegung in Nachterstedt und zu den Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen dem Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) übergeben.

In Auswertung des Berichtes mit dem LAGB und seinen Rahmengutachtern wurde gemeinsam die Einschätzung vertreten, dass offenbar ein komplexer Ursachenhintergrund vorliegt und zur Identifizierung der Ursache vor allem neue Daten aus dem Rutschungskessel und seiner Umgebung gewonnen werden müssen.

## Lagebericht

Somit konzentrierten sich in 2011 die Erkundungsmaßnahmen der LMBV auf drei Schwerpunktbereiche:

- das seeseitige Erkundungsprogramm,
- auf landseitige Sicherungs- und Erkundungsmaßnahmen,
- sowie auf die Erkundung untertägiger Grubenbaue.

Im Rahmen der seeseitigen Erkundung wurden von hochseetauglichen Pontons aus Drucksondierungen und Bohrungen mit durchgehendem Kerngewinn im See niedergebracht. Der Abschluss der seeseitigen Erkundung ist für Frühjahr 2012 geplant. Derzeitig laufen die Auswertungen der bereits gewonnenen Daten.

Die Südwestböschung wurde im Rahmen der landseitigen Erkundung mittels Geoelektrik und Rammkernsondierungen einer Prüfung unterzogen. Dabei sollen mit Drucksondierungen und Materialprobenahmen insbesondere die vorliegenden Lagerungsdichten bestimmt werden, um damit über die Standsicherheit dieses Areals abschließend befinden zu können.

Im Oktober 2011 wurde damit begonnen die Prätertiärbohrungen niederzubringen. Diese 185 m bzw. 270 m tiefen Bohrungen dienen dazu, die geologische Modellierung des gesamten Areals zu bewerten und die Einordnung aller Bohrungen belastbarer zu interpretieren.

Für die Klärung der offenen Fragen bezüglich der hydrologischen Situation und möglichen Wechselwirkungen mit vorhandenen untertägigen Hohlräumen des Altbergbaus sowie der Karstformationen des Ascherslebener Sattels wurde das landseitige Erkundungsbohrprogramm weiter konkretisiert, welches sich schwerpunktmäßig auf die untertägige Situation konzentriert, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rutschungskessel befindet.

Die LMBV hat damit begonnen, erste Konzeptionen zur Neugestaltung des beeinträchtigten Böschungsareals sowie zur Sanierung anderer Böschungsbereiche auszuarbeiten. Parallel hierzu werden auch Randbedingungen für eine Zwischennutzung von Teilflächen des Concordiasees vor dem Abschluss der vorgenannten Sanierungsarbeiten definiert und untersucht.

Ausgewählte Schwerpunkte der bergbaulichen Grundsanieung (§ 2 VA IV) im Jahr 2011 waren:

- Im Bereich der Nordböschung des Tagebaufeldes Meuro begann die Massenentnahme mittels mobiler Erdbautechnik zur Verfüllung von Erosionsrinnen und Tieflogen. Dabei wurden ca. 35 Tm<sup>3</sup> Erdmassen bewegt und eine Flächenberäumung auf ca. 1 ha durchgeführt.
- Am Überleiter 11 zwischen dem Sedlitzer und Großräscher Bergbaufolgesees wurden weitere Betonierungsarbeiten am Tunnelbauwerk realisiert. Des Weiteren wurden Bauleistungen



für die Baugrubengestaltung im Bereich des Westportals durchgeführt. Die Tunnelwandsegmente im Westportal wurden errichtet. Damit sind die Betonarbeiten für den Kanalbau zu 85 % realisiert. Im Juli 2011 wurde mit der Rütteldruckverdichtung zur Stabilisierung des Bauuntergrundes für den Überleiter 11 auf einer Länge von ca. 800 m begonnen. Bisher wurden ca. 700 Tm<sup>3</sup> Massen für den Bau des Überleiters verdichtet. Bei der Maßnahme handelt es sich um eine gesplittete Finanzierung zwischen dem § 2 mit 30 %- und dem § 4 mit 70%-Anteil.

- Die wasserwirtschaftliche Anlage „Pumpstation Bahnsdorf 2“ wurde Anfang März nach einem 3-wöchigem Probetrieb an den Betreiber übergeben. Mehrere Pumpen der alten Anlage wurden erneuert. Insgesamt kann die Anlage nunmehr mit sieben Pumpen bis zu 2 m<sup>3</sup>/s zur GWRA Rainitza fördern. Das dort aufbereitete Wasser wird zur Flutung des zukünftigen Großräschener Sees und zur Mindestwasserbereitstellung der Vorflut verwendet.
- Die ertüchtigte/erweiterte Pumpstation im RL 131-Süd der Tagebaufelder Lauchhammer und die Heberleitung vom RL 131-Nord zum RL 131-Süd wurden fertig gestellt und in Betrieb genommen. Der Rückbau der Brückenbauwerke am RL 60 im Bereich der Ortslage Schwarzheide wurde abgeschlossen. Restarbeiten sind im I. Quartal 2012 zu erbringen.
- Die bereits im Jahr 2008 begonnenen geotechnischen Sicherungsarbeiten mittels Rütteldruckverdichtung an den Böschungsbereichen des ehemaligen Tagebaus Greifenhain im Bereich der Ortslage Altdöbern konnten im März 2011 zum Abschluss gebracht werden. Dabei wurden insgesamt ca. 10 Mio. m<sup>3</sup> Massen für standsichere Böschungsbereiche verdichtet.
- Im Bereich der Westböschung des Koschendamms im sächsischen Teil der Restlochreihe Sedlitz, Skado, Koschen wurde auf einer Länge von 1.700 m die Sicherung der Uferböschungen durch Endprofilierung abgeschlossen. Die Sicherung der Uferböschungen durch Endprofilierung im Bereich der Ostböschung des Koschendamms auf einer Länge von 3.900 m wurde ebenfalls realisiert. Im Bereich der ehemaligen Kohlebahnausfahrt erfolgte die Stabilisierung der Böschung durch eine 700 m lange Steinschüttung. Im Berichtszeitraum konnte die schiffbare Verbindung zwischen dem Neuwieser See und dem Partwitzer See - Überleiter 6 – bauseitig fertig gestellt werden.
- Ende Oktober wurden die Horizontalsprengungen zur Beseitigung der Überhöhen am Norddrandschlauch der Tagebaufelder Spreetal/Bluno entsprechend den geotechnischen Vorgaben erfolgreich abgeschlossen. Im Berichtszeitraum konnte unter besonderen geotechnischen Auflagen mit der Herstellung der Zufahrt zum Spülraum 1 für die Massenverbringung aus dem Bau des Überleiters 1 begonnen werden. Im Rahmen des LMBV-Pilotprojektes „Getauchte Schwimmleitungen mit Düsen“ wurde im III. Quartal 2011 mit dem Aufbau einer Neutralisationsanlage am Ufer des Scheibe Sees begonnen. Anschließend wurden mittels Hubschrauber Anker für die unter der Wasseroberfläche schwimmende Rohrleitung gesetzt.



Grundprinzip dieses Inlake-Verfahrens ist die Herstellung und Einbringung einer Kalk-Suspension zur Neutralisation des Gewässers.

- Im Juli wurde die Böschungssicherung durch Aufbau einer Schüttung aus natürlichem, grobkörnigem Gesteinsgemisch an der Ostböschung des RL Haubitz im Tagebau Witznitz abgeschlossen.
- Die gemäß Abschlussbetriebsplan notwendigen Leistungen zur Flächengestaltung des Bergbautechnikparks Espenhain wurden im III. Quartal 2011 abgeschlossen. Das Areal wurde an den Verein Bergbautechnikpark übergeben. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgte aus § 2- und § 4-Mitteln.
- Das Bauvorhaben „Errichtung eines Auslaufbauwerkes“ zur Ableitung des Überschusswassers aus dem Markkleeberger See konnte im III. Quartal 2011 begonnen werden. Die Leistungen umfassen die Errichtung des 9,5 m langen Auslaufbauwerkes in Form eines Stahlbetontroges mit 3,5 m lichter Durchflussbreite einschließlich der Ausrüstung und elektrotechnischer Ausstattung. Am Projekt „Neubau Kanuparkschleuse“ konnten im IV. Quartal 2011 die Bewehrungs- und Betonierarbeiten an der Bodenplatte, an den Flügelwänden und am Schleusenbauwerk abgeschlossen werden (gesplittete Finanzierung §§ 2 und 4).
- Auf dem Gelände der ehemaligen Brikettfabrik Deutzen wurde die Unterfluenttrümmerung mit der Entsorgung von Fundamentabbruch und der Verfüllung von Baugruben realisiert.
- Im IV. Quartal 2011 wurde die Erkundung und Verwahrung von Strecken des Tiefbaus Ramsdorf im Rahmen des Abschlussbetriebsplanes Tagebau Hasselbach abgeschlossen.
- Bedingt durch die bergbauliche Inanspruchnahme von Retentionsflächen der Weißen Elster durch den Tagebau Zwenkau ist als Ersatz im zukünftigen Zwenkauer See eine bespannbare Retentionslamelle von ca. 1,50 m für ein Volumen von 15 Mio. m<sup>3</sup> Wasser zur Verfügung zu stellen. Dazu wurden bereits Anfang August 2010 die Baumaßnahmen nahe der Ortslage Zitzschen begonnen, die die Herstellung eines dreifeldrigen Abschlagbauwerkes in die Weiße Elster, eines Überleiterbauwerkes von ca. 600 m Länge und eines Einlaufgerinnes in den Zwenkauer See, sowie den Bau einer Brücke im Verlauf der B 186 über das Überleiterbauwerk beinhalten. Die Baumaßnahmen wurden 2011 planmäßig weitergeführt. Schwerpunkt bildeten dabei die Arbeiten für das Tosbecken und die Errichtung der Brücke über das Überleiterbauwerk. Anfang November 2011 erfolgte die Verkehrsfreigabe für die Brücke.
- Der Bau der zweiten Pumpstation, einschließlich deren Inbetriebnahme zur Einhaltung des festgelegten Grenzwasserstandes im Tagebaurestloch Köckern konnte im IV. Quartal 2011 realisiert werden.

- Die Arbeiten am Restlochablauf Golpa-Nord zur Ableitung des Überschusswassers aus dem Tagebaurestloch wurden auf einer Länge von ca. 1.600 m beendet. Die Abnahme des Bauwerkes erfolgte im Juli 2011.
- Die Flutung des Geiseltalsees wurde fortgeführt. Am 16. April 2011 wurde der Endwasserstand von +98,00 m NHN erreicht. Das Auslaufbauwerk Geisel wurde am 29. April 2011 bei einem Wasserstand von 98,13 m NHN in den Probebetrieb überführt. Mit Errichtung der Baustraße und dem Einbau von Wasserbausteinen wurden die ersten Baumaßnahmen zur Sicherung der Ostböschung Kayna-Süd realisiert. Anfang September 2011 wurde an der Pumpstation zur Geiselbespannung (Viadukt) in Mücheln mit den Rückbaumaßnahmen angefangen.
- Die Restberäumung Teil 1 Kohleverbindungsbahnen Westsachsen und Thüringen wurde mit der Beseitigung von Schotter und Schwellen abgeschlossen. Der Rückbau der Kohlebahnbrücke Rositz - Zechau wurde im IV. Quartal 2011 mit Abbruch- und Entsorgungsleistungen beendet.
- Im I. Quartal 2011 wurden die Verwahrungs- und Sicherungsarbeiten in der ehemaligen Braunkohlegrube „Altenburger Kohlenwerke“ planmäßig realisiert.

Den Tagebaurestlöchern der LMBV wurden bis zum Ende des Jahres 2011 insgesamt ca. 81 Mio. m<sup>3</sup> Flutungswasser zugeführt, davon ca. 45 Mio. m<sup>3</sup> in der Lausitz und 36 Mio. m<sup>3</sup> in Mitteldeutschland. Das im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier vorhandene Wasserdefizit verringerte sich von ursprünglich 12,7 Mrd. m<sup>3</sup> auf ca. 4 Mrd. m<sup>3</sup>.

Im Rahmen der Projekte zur Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg (§ 3 VA IV) wurden im Jahr 2011 Sanierungsleistungen in Höhe von EUR 51,8 Mio. erbracht. Das im § 3 VA IV angesetzte Budget in Höhe von EUR 51,9 Mio. wurde unter Berücksichtigung der für das Jahr 2011 genehmigten Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit zwischen § 3 und § 2 nahezu erreicht.

In allen Bereichen wurden die ingenieurtechnischen Leistungen zur Gefahrenermittlung im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg sowie für die Erarbeitung von Gefahrenabwehrmaßnahmen intensiv weitergeführt.

Ausgewählte wesentliche Schwerpunkte der Sanierungstätigkeit im § 3 VA IV des Jahres 2011 waren:

- Nach Fertigstellung der Sanierungsarbeiten mittels Leichter Rütteldruckverdichtung am Germaniateich, am Clubteich sowie am Postteich in der Ortslage Hosena im Brandenburger Südraum konnten im III. Quartal 2011 die Bauleistungen zur geotechnischen Sicherung abgenommen werden, welche Voraussetzung für die uneingeschränkte Verkehrsfreigabe der L 58 waren.

## Lagebericht

- Zur Sicherung des Laugfeldes und des östlichen Stadtgebietes von Senftenberg gegen den Grundwasserwiederanstieg konnte mit der Inbetriebnahme des ersten temporären Brunnens Mitte Dezember ein weiterer Zwischenschritt vollzogen werden. In der derzeitigen Einfahrweise werden ca. 36.000 m<sup>3</sup> Wasser je Monat gefördert und in den Sedlitzer See geleitet. Im I. Quartal 2012 sollen die Bauarbeiten zur Errichtung von drei Horizontalfilterbrunnen als dauerhafte Entwässerungslösung beginnen.
- Im IV. Quartal 2011 konnten alle erforderlichen Sicherungsmaßnahmen mittels mobiler Erdbautechnik an den Böschungen der Restlöcher Heye 1, 2, 3 und 5 im Raum Lauchhammer fertig gestellt werden. Der Bahnhofsteich wurde vollständig verfüllt. Im Jahr 2012 sind noch Restleistungen und Pflegemaßnahmen erforderlich.
- Die Baufeldfreimachung im Bereich Bahnhof Lohsa als Voraussetzung für die umfangreiche Kippenstabilisierung am Silbersee im Bereich der Ostböschung wurde im I. Quartal 2011 abgeschlossen. Auf einer Gesamtlänge von 2,5 km, 60 m Breite und einer Teufe bis zu 37 m wurden mit zwei Gerätekomplexen die Sicherungsarbeiten mittels Rüttelstopfverdichtung zur geotechnischen Sicherung der Böschungsbereiche begonnen. Am 24. Juni 2011 kam es dabei zu einer Rutschung im Bereich des mittleren Rüttlers mit einer Massenbewegung von ca. 60 Tm<sup>3</sup> Erdstoff in Richtung See. Die bergtechnische Sicherung der Ostböschung konnte nach zweimonatiger Unterbrechung mit zwei Trägergeräten wieder aufgenommen werden. Mit dem Umbau des Trägergerätes Mitte auf Greiferbetrieb begann die Schüttung einer Verwallung (ca. 10.000 m<sup>3</sup>) als Voraussetzung zur Verfüllung des Rutschungskessels mit ca. 60.000 m<sup>3</sup> Erdmassen. Das durch das geotechnische Ereignis geschädigte ehemalige Bahnhofsgebäude wurde mit behördlicher Genehmigung abgerissen. Am 8. März 2012 ereignete sich ein weiteres Rutschungsereignis. Die Untersuchung des Ereignisses dauert noch an. Die bereits begonnenen Arbeiten werden fortgesetzt.
- Die bautechnischen Sicherungen an sieben Wohngebäuden in Delitzsch wurden beendet. An fünf Gebäuden wurden die Sicherungsmaßnahmen begonnen. Bei weiteren zwölf Einfamilienhäusern konnte die Sicherung in Eigenregie der Eigentümer vertraglich geregelt und abgeschlossen werden. Die Gebäude werden durch verschiedene Bauverfahren, wie Innen- und Außenabdichtungen, Errichtung einer Weißen Wanne, Kellerverfüllungen, Hausanhebungen sowie durch Abriss/Neubau gesichert.
- Die Sanierungsmaßnahmen im Ostraum Sachsen-Anhalts wurden fortgesetzt. Die Sicherung von Gebäuden in der Ortslage Zschornewitz wurde mit der Errichtung einer Drainage als Sammellösung fortgesetzt. Dazu wurden notwendige Erdbau- und Verlegearbeiten realisiert. Am Objekt Karl-Marx-Straße 18 in Zschornewitz wurde die Kellersanierung abgeschlossen. Die Sicherungsmaßnahmen in den ersten 5 Gebäuden in Zscherndorf konnten realisiert werden.

Im Auftrag der Braunkohleländer realisierte die LMBV Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards gemäß § 4 VA IV in einem Gesamtumfang von EUR 21,9 Mio. (netto), das entspricht EUR 24,9 Mio. (brutto).

Ausgewählte wesentliche Projekte des Jahres 2011 waren u. a.:

- Das Projekt - Schiffbare Verbindung Geierswalder See - Senftenberger See (Überleiter 12) war ein Schwerpunkt im Jahre 2011. Ende November 2011 wurde nach umfangreichen vorbereitenden Baumaßnahmen die Schwarze Elster in das umverlegte Flussbett geleitet. Damit sind die Voraussetzungen für den Weiterbau der Schleuse im Jahr 2012 zum Geierswalder See gegeben. Des Weiteren wurde Anfang Dezember die neue Ortszufahrt nach Großkoschen freigegeben. Folgende weitere Baumaßnahmen konnten im Jahre 2011 realisiert werden: Ende Juli 2011 hat der Brandenburgische Landesbetrieb für Straßenwesen die Bundesstraße 96 bei Großkoschen im Bereich der Kanalbaustelle eröffnet. Die alte Gleisbrücke über die Schwarze Elster wurde als neue Verbindung für den Fuß- und Radwegeverkehr in die Ortslage Großkoschen freigegeben. Ferner wurde das Unterhaupt der Schleuse zum Geierswalder See fertig gestellt.
- Am Überleiter 11 zwischen dem Sedlitzer und Großräschener Bergbaufolgesee wurden weitere Betonierungsarbeiten am Tunnelbauwerk realisiert. Auf Grund der günstigen Witterung konnten die Arbeiten an den Bodenplatten abgeschlossen werden. Des Weiteren wurden Bauleistungen für die Baugrubengestaltung im Bereich des Westportals durchgeführt. Die Tunnelwandsegmente im Westportal wurden errichtet. Damit sind die Betonarbeiten für den Kanalbau zu 85 % realisiert. Im Juli wurde mit der Rütteldruckverdichtung zur Stabilisierung des Bauuntergrundes für den Überleiter 11 auf einer Länge von ca. 800 m begonnen. Bisher wurden ca. 700 Tm<sup>3</sup> Massen für den Bau des Überleiters verdichtet. Bei der Maßnahme handelt es sich um eine gesplittete Finanzierung zwischen dem § 2 mit 30 %- und dem § 4 mit 70%-Anteil.
- Die Arbeiten für einen weiteren Wegeabschnitt des Berzdorfer Ringweges konnten mit der Übergabe an die Gemeinde Schönau-Berzdorf im IV. Quartal 2011 abgeschlossen werden. Auf einer Länge von ca. 900 m wurde mit einer Breite von 3,60 m ein Asphaltweg einschließlich eines begleitenden Reitweges errichtet.
- Im I. Quartal 2011 begannen die Bauarbeiten mit der Errichtung der Schlitz- und Dichtwand für den Neubau der Kanuparkschleuse am Gewässerverbund Störmthaler und Markkleeberger See. Nach Fertigstellung der Dicht- und Schlitzwand wurde die Baugrube für das Schleusenbauwerk ausgehoben. Auf Grund der günstigen Witterungsbedingungen konnten die Bewehrungs- und Betonierarbeiten im Bereich der Bodenplatte an den Flügeln und am Schleusenbauwerk im IV. Quartal 2011 abgeschlossen werden.

## Lagebericht

- Nach erfolgreicher Abnahme erfolgte am 18. Mai 2011 die feierliche Übergabe der schwimmenden Kirche „Vineta“ im Störnthaler See an die Gemeinde Großpösna.
- Am 20. Mai 2011 wurde mit der Übergabe an den Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig und der Verkehrsfreigabe die Errichtung des Brückenbauwerkes Probsteisteg abgeschlossen.

### **Ausblick**

Mit der Erteilung neuer Beschlüsse zu den beantragten Wasserrechtsverfahren im Jahr 2011 hat die LMBV projektkonkrete Rechts- und Planungssicherheit zur Weiterführung der bergbaulichen und wasserrechtlichen Sanierungsarbeiten erhalten.

So wurde Anfang Dezember 2011 der Änderungs-/Ergänzungsantrag zum naturschutzfachlichen Planungs- und Bewirtschaftungskonzept für den Bereich der Vorflut des Klinger Sees in Brandenburg beschieden.

Die Landesdirektion Dresden genehmigte Mitte Dezember 2011 das Änderungsplanfeststellungsverfahren zur Beseitigung der Hochwasserschäden am Auslaufbauwerk des Berzdorfer Sees.

Die zahlreichen Nebenbestimmungen und Auflagen aus den Planfeststellungs- und -genehmigungsverfahren und deren Änderungs-, Ergänzungs- und Teilvorhaben stellen einen Arbeitsschwerpunkt an die ingenieurtechnische Begleitung der Prozesse dar.

Von insgesamt 50 Planfeststellungsverfahren zur Herstellung der Tagebauseen wurden 20 Verfahren damit bereits beschieden.

Weiterhin liegen zwölf Beschlüsse von insgesamt 27 Änderungs-, Ergänzungs- und Teilvorhaben der Planfeststellungsverfahren als Bestandteil einer wasserrechtlichen Genehmigung vor. Von insgesamt zwölf Plangenehmigungsverfahren wurden zwei Verfahren bereits beschieden.

In den Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahren durch den Grundwasserwiederanstieg wurden die Planungsprozesse zielgerichtet weiter geführt, so dass die LMBV hier über solide Grundlagen für die Maßnahmeumsetzung in den Folgejahren verfügt. Auf die komplexen Betroffenheiten, wie z. B. das Stadtgebiet Delitzsch, die Kraftwerkssiedlung Bitterfeld, Teile der Ortslage Zscherndorf, das Gewerbegebiet Laugkfeld in Senftenberg mit östlichem Stadtgebiet sowie für den Bereich des Bahnhofes Lohsa wird seitens der LMBV besonderes Augenmerk der ingenieurtechnischen Bearbeitung gelegt.

Aber auch bei einer Vielzahl von Einzelbetroffenheiten, insbesondere von Eigentümern, werden Gefahrenabwehrmaßnahmen vorbereitet und realisiert.

Die Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards und zur Gefahrenabwehr im Bereich des Braunkohlealtbergbaus im Auftrag der Braunkohleländer werden auf der Grundlage des mit den Ländern bis 2012 abgestimmten Rahmens kontinuierlich weiter geführt.

#### **Viertes ergänzende Verwaltungsabkommen (VA V)**

Im Rahmen der Verhandlungen zur Fortführung des Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung ab 2013 fanden fünf weitere Gesprächsrunden im Jahre 2011 statt.

Durch die LMBV wurde die Darstellung des Finanzbedarfes für den Zeitraum 2013 bis 2017 aktualisiert. Der aus

- den Ergebnissen der aktuellen geotechnischen Untersuchungen,
- der Fortschreibung der Ursachenermittlung Nachterstedt,
- der Präzisierung der Kosten für den Untertägigen Bergbau Thüringen sowie
- für die Durchführung von Pilotmaßnahmen zur Gewässergüte in bergbaulich beeinflussten Fließgewässern

resultierende Mehrbedarf wurde durch die LMBV in die Projektplanung aufgenommen und durch die Roland Berger Strategy Consultants GmbH einer Plausibilitätsprüfung unterzogen.

Im Ergebnis der Verhandlungen wurde eine abgestimmte Endfassung des Entwurfs des VA V erstellt.

Sowohl der Bund als auch die Braunkohleländer führen nun entsprechende Abstimmungen in den jeweiligen Gremien und bereiten entsprechende Haushaltsbeschlüsse vor.

### **3           Wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsfeld Nichtsanierungsbergbau im Geschäftsjahr 2011**

Das Geschäftsfeld Nichtsanierungsbergbau wird im Wesentlichen durch die Verwaltung und den Verkauf der Liegenschaften geprägt. Dabei ist bei den Liegenschaftsverkäufen eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen. Zunehmend werden die Verkaufsvorgänge kleinteiliger.

Im Jahr 2011 konnten Liegenschaftsverkäufe im Umfang von 589 ha bilanzwirksam realisiert werden. Darüber hinaus wurden 39,4 ha auf dem Wege der Vermögenszuordnung gemäß

## Lagebericht

VZOG bzw. der Restitution entsprechend VermG auf Dritte übertragen. Aus vorstehend genannten Liegenschaftsverkäufen erzielte die LMBV Erlöse in Höhe von EUR 2,8 Mio. Per 31. Dezember 2011 beträgt der Liegenschaftsbestand 30.489 ha.

Schwerpunkte der Liegenschaftsverkäufe des Jahres 2011 im Hinblick auf den Verkaufsumfang und das vorgesehene Nutzungsziel waren im Wesentlichen:

- Verkauf einer Fläche von 17,1 ha am Standort der ehemaligen Brikettfabrik Beuna an die Stadtwerke Merseburg zur Errichtung einer Biogasanlage
- Gewerbe- und Sukzessionsflächen der ehemaligen Brikettfabrik/ Kraftwerk Deutzen in einer Größe von 9,7 ha an die eneotec GmbH (ehemals Bilfinger Berger Entsorgung Ost GmbH) zur Erweiterung ihres Betriebsgeländes
- Verkauf einer Kiesabbaufäche von 6,6 ha an GMB im Bereich des ehemaligen Tagebaus Bärwalde
- Verkauf des „Hartnickloches“ Knappenrode mit Forst-, Wasser- und sonstigen Flächen mit einer Größe von 16 ha an einen privaten Forstwirt
- Verkauf von 25 ha ehemaliger Deponieflächen für den künftigen Solarpark Zerre an die Gemeinde Spreetal im Raum Schwarze Pumpe
- Verkauf des Grund und Bodens in einer Größe von 0,6 ha der OMV/STAR-Tankstelle Hoyerswerda an den Besitzer der Tankstelle
- Verkauf von zwei Garagenkomplexen mit insgesamt 58 Garagen bzw. Garagenaufstandsflächen.

Des Weiteren wechselten im Jahr 2011 Flächen aus Verkäufen der Vorjahre den Eigentümer, so u. a.

- Entwicklungs- und sonstige Flächen Bockwitz in einer Größe von 11,4 ha an die Stadt Borna
- Teilfläche 3 der ehemaligen Tagesanlagen Delitzsch-Südwest als Entwicklungsflächen an die Stadt Delitzsch (18,2 ha)
- Teilfläche 3 der Halbinsel Gruna am Störmthaler See mit einer Fläche von 33,5 ha an die Gemeinde Großpösna
- Flächen 1. Nachtrag ca. 20 ha Sukzessions- und Forstflächen südlich Magdeborner Halbinsel
- die letzte Teilfläche des Bischdorfer See´s an die Stadt Lübbenau mit 105,8 ha



- 147 ha Landwirtschaftsflächen im Raum Welzow an private Landwirte
- 13,1 ha Grund und Boden des ehemaligen Kraftwerkes Trattendorf zur Errichtung eines Solarparkes
- 15 ha Forstflächen am Scheibe-See an einen privaten Forstwirt
- die Neuteiche der Kokerei Lauchhammer mit einer Fläche von 63,4 ha an den NABU.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2011 für Flächen mit insgesamt ca. 65 ha weitere notarielle Grundstückskaufverträge abgeschlossen, die noch nicht bilanzwirksam sind. Schwerpunkte sind hier:

- die ehemalige Kühlturmfläche Ost in Schwarze Pumpe in einer Größe von 5,1 ha zur Errichtung von Solaranlagen
- Flächen der ehemaligen Kohleverbindungsbahn Greifenhain in einer Größe von 19 ha als Forstflächen
- Flächen der Ostböschung des Sedlitzer See's in einer Größe von 11,8 ha als Entwicklungsflächen an den Zweckverband Lausitzer Seenland Brandenburg
- 19,5 ha Wirtschaftsweg um den Bärwalder See an die Gemeinde Boxberg

Die MIAU Mitteldeutsches Abbruchunternehmen GmbH, Mücheln (Geiseltal), hat im Bereich der Innenkippe des ehemaligen Tagebaus Mücheln ein Sprengmittellager betrieben. Durch den Betrieb des Sprengmittellagers ergaben sich erhebliche Nutzungsbeschränkungen hinsichtlich der weiteren touristischen Entwicklung des Geiseltalsees. Im Rahmen einer notariellen Ausgleichsvereinbarung haben sich die MIAU und die LMBV zu einer einvernehmlichen Lösung des Nutzungskonfliktes verständigt. Im Ergebnis dessen hat die MIAU den Geschäftsbetrieb von der Innenkippe des Geiseltalsees verlagert. Die Grundstücke der MIAU mit einer Fläche von ca. 3,0 ha wurden durch die LMBV zurückerworben.

Ende Februar 2012 setzte die Stadt Seenland die LMBV in Kenntnis, dass der Kaufvertrag für den Concordiasee aus dem Jahr 2006 und zwei weitere kleine Kaufverträge rückabgewickelt werden sollen. Entsprechende Verhandlungen dazu wurden aufgenommen.

Mit dem Land Brandenburg wurden die Verhandlungen zum Abschluss einer Vereinbarung über die Übergabe von 1.738 ha Flächen des Nationalen Naturerbes weitergeführt. Ziel ist die Unterzeichnung dieses Papiers im Jahre 2012.

## Lagebericht

Zur Umsetzung der Gewässerrahmenvereinbarung mit dem Freistaat Sachsen wurde die Übergabe des Neuhauser See´s in Mitteldeutschland und des Bärwalder See´s in Ostsachsen weiter in den entsprechenden Arbeitsgruppen vorbereitet.

Für die Lausitz-Industrieparks Kittlitz, Marga, Sonne und Lauchhammer wurden 2011 die Vermarktungsaktivitäten weitergeführt. Drei Kaufverträge konnten beurkundet werden.

Das bereits 2010 begonnene Projekt der Errichtung einer Anlage zur Konversion von Kunststoffen, für das eine Fläche von 16,4 ha im LIP Marga vorgesehen ist, wurde 2011 weiter bearbeitet. Hierbei steht die Absicherung der Finanzierung durch den Käufer im Vordergrund. Der Abschluss des Grundstücksgeschäftes setzt die Wirtschaftlichkeit und Genehmigungsfähigkeit des Projektes voraus. Wann diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist aus heutiger Sicht nicht abschätzbar.

Im Lausitz-Industriepark Lauchhammer war 2011 der Verkauf einer Erweiterungsfläche an die Firma VESTAS geplant. Diese 2,2 ha können auf Grund von Entscheidungen des Vertragspartners frühestens 2012 beurkundet werden. Weiterhin ist 2012 der Verkauf von 0,7 ha zur Erweiterung des Geländes der Firma Ritter geplant.

Im LIP Sonne ist für 2012 der Verkauf einer Fläche von 1,08 ha an den Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster geplant.

Die Belegungsquote beträgt gegenwärtig für die Lausitz-Industrieparks insgesamt 58 %, davon anteilig für Kittlitz 44 %, Marga 43 %, Sonne 67 % und Lauchhammer 79 %.

Im 1. Bauabschnitt des Mitteldeutschen Industrie- und Gewerbeparks Espenhain sind bislang rund 78 % der Gesamtfläche bilanzwirksam veräußert. Auf der Erweiterung des 1. Bauabschnittes am Standort Espenhain konnten bisher 13 ha bilanzwirksam verkauft werden. Das entspricht einer Belegungsquote von 66 %.

Im Jahre 2011 wurde das Feuerwehrgebäude Espenhain an den Betreiber einer Autoverwertung und eine Arrondierungsfläche an die Betreibergesellschaft der Pressnitzalbahn verkauft.

Ein weiterer Investor arbeitet an dem Projekt „Hotel und Autohof an der B95“. Dafür ist u. a. das ehemalige Verwaltungsgebäude interessant.

Die Akquise zur Flächenvermarktung des Mitteldeutschen Industrieparks Großkayna-Frankleben wurde intensiv über breit gefächerte Aktivitäten in Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Landkreis weiter geführt. Jedoch gestaltete sich auch im Jahr 2011 die Vermarktung sehr kompliziert. Der Standort ist unverändert zu rund 28 % belegt.

Des Weiteren wurden im Jahr 2011 in Mitteldeutschland zwei Flurneuerungsverfahren bis zur Vorlage der Ausführungsanordnung geführt (Golpa-Nord und Holzweißig-West) und in der

Lausitz das Flurbereinigungsverfahren Burghammer erfolgreich abgeschlossen. Die Verfahren Scheibe, Dreiweibern, Welzow-Süd, Schlabendorf-Zinnitz, Nochten und Bärwalde stehen hier kurz vor dem Abschluss.

Die Überprüfung der Wertansätze des Liegenschaftsbestandes wurde auf Grundlage der aktuellen Verkehrswerte fortgesetzt; es wurden Wertberichtigungen vorgenommen.

### **Ausblick**

Die LMBV wird auch im Jahr 2012 den Bestand aller verwertbaren Liegenschaften weiter, wenn auch in geringerem Umfang als in den Vorjahren, reduzieren. Ziel ist der Abschluss von Kaufverträgen über eine Gesamtfläche von 269 ha.

Zunehmende Bedeutung für die Arbeit der Liegenschaftsabteilung gewinnt die Sicherung von Sanierungsarbeiten auf fremden Flächen mittels Zustimmungsvereinbarungen, Anpachtungen, Ankäufen und Entschädigungsregelungen. Territoriale Schwerpunkte bilden hierbei der Knapensee bei Hoyerswerda und der Raum Lauchhammer.

Mit den vom Grundwasserwiederanstieg betroffenen Land- und Forstwirten, sowie betroffenen Industriebetrieben in den bergbaulichen Einzugsgebieten werden Entschädigungsvereinbarungen, sowie Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen unter Mitarbeit des Liegenschaftsmanagements bearbeitet.

## **4 Personalentwicklung Geschäftsjahr 2011**

Am 31. Dezember 2011 waren 555 Mitarbeiter (ohne Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse und ATZ/Ruhephase) im Unternehmen tätig. Damit hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Mitarbeiterzahl um 13 erhöht.

Im Jahr 2011 standen 20 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung. 65 Jugendliche befanden sich am 31. Dezember 2011 in der Ausbildung.

Am 31. Dezember 2011 befanden sich 202 Mitarbeiter in Altersteilzeit.

Im Rahmen des VA IV wurden in Maßnahmen der Braunkohlesanierung im Durchschnitt des Jahres 2011 167 geförderte Arbeitnehmer eingesetzt. Es konnten damit für die Braunkohlesanierung bzw. den Sanierungsfortschritt zusätzlich rund EUR 2,2 Mio. bereitgestellt werden.

## Lagebericht

Zum 1. Januar 2011 trat ein neuer Entgelttarifvertrag (ETV) für die Mitarbeiter der LMBV in Kraft. Ausschlaggebend waren die abgeschlossenen Tarifverhandlungen vom 19. März 2010, wonach eine technische Kommission beauftragt wurde, die Bandbreite sowie die Arbeitswertigkeit der Entgeltgruppen zu überprüfen. Im Ergebnis wurden die Entgeltgruppen um vier, von sieben auf elf erweitert. In diesen Entgeltgruppen finden sich nun auch die Tätigkeiten der ehemaligen AT- Mitarbeiter wieder.

### **Ausblick**

Am 1. Januar 2012 betrug die Mitarbeiterzahl 565 Arbeitnehmer (ohne Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse/Dauerkranke und ATZ/Ruhephase).

Durchschnittlich werden sich im Jahr 2012 ca. 92 Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit befinden.

Zum 1. Januar 2013 werden voraussichtlich 591 Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis stehen. Der Anstieg des Personalbedarfs ist durch folgende wesentliche Faktoren begründet:

- Aus der Fortschreibung der Projektplanung für die Sanierung mit Ausblick auf den Zeitraum nach 2012 ergibt sich nach aktuellem Kenntnisstand ein höherer Bedarf, welcher der konkreten Bedarfsermittlung für die Personalentwicklung zu Grunde gelegt wurde.
- Zusätzliche Bearbeitungskapazitäten sind weiterhin mit der Schadensregulierung und der Durchführung der Sicherungs- und Sanierungsarbeiten nach Grundbrüchen erforderlich. In Auswertung dieser Ereignisse wird durch die LMBV die umfangreiche Bewertung der Sicherheit in den bereits sanierten Böschungs- und Kippenbereichen, in Bereichen mit ehemaligen Braunkohletiefbauten sowie in den Bereichen des Grundwasserwiederanstiegs fortgeführt, wofür in vor- und nachgelagerten Arbeitsprozessen höhere Bearbeitungskapazitäten notwendig sind.

Die Anzahl der Auszubildenden wird sich von 65 (1. Januar 2012) um fünf auf 60 (31. Dezember 2012) vermindern. 2012 werden erneut 20 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, welche aus dem Verwaltungsabkommen finanziert werden.

Mit Blick auf die allgemeinen Sanierungsaufgaben und die Förderbedingungen kann eingeschätzt werden, dass sich der Einsatz der geförderten Arbeitnehmer im Folgejahr, bedingt durch die zum 1. April 2012 in Kraft tretende Reform der Arbeitsmarktpolitik, weiter rückläufig entwickeln wird.

Für das Jahr 2012 wird derzeit mit durchschnittlich ca. 100 geförderten Arbeitnehmern gerechnet, was eine zusätzliche Mittelzuführung für die Beschleunigung des Sanierungsfortschritts von ca. EUR 1,0 Mio. bedeutet.

## 5 Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

### Ertragslage 2011

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 15,6 Mio. ab. Dabei konnte das geplante Betriebsergebnis in Höhe von EUR -9,5 Mio. mit dem Jahresabschluss 2011 auf EUR -7,4 Mio. verbessert werden. Das neutrale Ergebnis in Höhe von EUR -8,2 Mio. wird im Wesentlichen durch Zuführungen (EUR 15,4 Mio.) und Auflösungen (EUR 3,9 Mio.) von Rückstellungen, Zinserträgen (EUR 5,3 Mio.), Zinsaufwendungen (EUR 1,2 Mio.) sowie außerplanmäßige Abschreibungen (EUR 0,8 Mio.) bestimmt.

Im Sanierungsbergbau sind Aufwendungen in Höhe von EUR 209,9 Mio., davon für bezogene Leistungen (EUR 168,7 Mio.), Eigenleistungen (EUR 41,1 Mio.) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (EUR 0,1 Mio.) entstanden, die durch erhaltene Zuschüsse (EUR 198,9 Mio.), sonstige Erträge (EUR 4,8 Mio.) und die Inanspruchnahme von Rückstellungen (EUR 6,2 Mio.) gedeckt sind. Im Zusammenhang mit dem Böschungsereignis in Nachterstedt fielen Sanierungsaufwendungen für notwendige Sicherungsmaßnahmen und der Schadensregulierung in Höhe von EUR 20,0 Mio. an, die durch Mittel des Bundes (75 %) und durch Mittel des Landes Sachsen-Anhalt (25 %) gedeckt sind.

Im Nichtsanierungsbergbau wurden betriebliche Erträge in Höhe von EUR 46,8 Mio. erzielt, die im Wesentlichen aus Projektträgerleistungen für die Sanierung sowie Erlösen aus Liegenschaftsverkäufen resultieren. Die erzielten Erlöse reichen nicht aus, um die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen (EUR 8,3 Mio.), die Personalaufwendungen (EUR 39,7 Mio.) sowie die übrigen betrieblichen Aufwendungen (EUR 6,2 Mio.) zu decken. Die erzielten Einnahmen können insbesondere die nachlaufenden Ausgaben für die stillgelegten Bergbaubetriebe nicht ausgleichen.

Die Gesamtaufwendungen im Nichtsanierungsbereich im Zusammenhang mit dem Böschungsereignis in Nachterstedt betragen in 2011 EUR 1,4 Mio., darunter fallen Primäraufwendungen für die Ursachenforschung in Höhe von EUR 1,0 Mio.

In 2011 wurden im Nichtsanierungsbergbau Investitionen in Höhe von EUR 0,3 Mio. fast ausschließlich für den Ersatzbedarf realisiert.

### Vermögenslage zum 31. Dezember 2011

Das Sachanlagevermögen und die Immateriellen Vermögensgegenstände der LMBV haben sich um EUR 1,5 Mio. vermindert. Gründe dafür sind insbesondere Abgänge (EUR 1,5 Mio.) und planmäßige sowie außerplanmäßige Abschreibungen (EUR 1,0 Mio.). Die weitere Überprüfung

## Lagebericht

der Wertansätze der betrieblichen Nutzungsarten beeinflussten dabei die Höhe der außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von EUR 0,4 Mio. Insgesamt wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von EUR 0,8 Mio. vorgenommen. Die Zuschreibungen von EUR 0,4 Mio. setzen sich zusammen aus EUR 0,3 Mio. aus Wertaufholungen von im Geschäftsjahr veräußerten Vermögensgegenständen, TEUR 64 aus Wertkorrekturen zum Gesamtfinanzierungsplan der Entwicklungsstandorte, TEUR 92 aus Berichtigungen nach § 36 DMBilG sowie TEUR 12 aus der weiteren Überprüfung der Wertansätze der betrieblichen Nutzungsarten.

Die Forderungen gegen den Gesellschafter haben sich um EUR 9,2 Mio. vermindert, was im Wesentlichen aus der Reduzierung der Erstattungsforderung resultiert. Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 5,9 Mio. vermindert.

Die liquiden Mittel haben sich durch den Abbau der Sanierungsmittelbestände gegenüber dem Vorjahresstichtag um EUR 9,2 Mio. vermindert.

Die Eigenkapitalquote am 31. Dezember 2011 betrug 48,0 %.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 2,5 Mio. erhöht.

Die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen wurden im Geschäftsjahr 2011 umfangreich überprüft. Dabei wurde der Planungshorizont von 2030 auf 2050 erweitert. Die projektkonkrete Planung der bergbaulichen Verpflichtungen berücksichtigt alle derzeit bekannten, noch zu erbringenden Leistungen und die damit verbundenen Kosten für einen Planungshorizont bis zum Jahr 2050. Sofern über diesen Planungshorizont hinaus Aufgaben oder Leistungen zu erbringen sind, werden diese neuen Erkenntnisse fortlaufend in die jeweilige Planung und Bewertung der LMBV einbezogen. Auf Grund der vielfältigen Einflüsse und des langen Betrachtungszeitraumes ist nicht auszuschließen, dass weitere Anpassungen der bergbaulichen Verpflichtungen erfolgen. Insgesamt erhöhten sich die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen durch Neubewertung um EUR 232,7 Mio. Davon entfallen EUR 6,9 Mio. auf den Neulastenanteil.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 3,3 Mio. erhöht. Es wurden EUR 6,0 Mio. in Anspruch genommen, EUR 1,3 Mio. aufgelöst und EUR 10,6 Mio. zugeführt. Die Zuführung betrifft im Wesentlichen die Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von EUR 7,2 Mio. Der Bewertung der Rückstellung für Altersteilzeit liegt ein versicherungsrechtliches Gutachten zu Grunde.

Die Verbindlichkeiten haben sich stichtagsbedingt um EUR 4,1 Mio. verringert.

## **Finanzlage 2011**

Die Ausgaben für den Sanierungsbergbau nach §§ 2, 3 und 4 VA IV beliefen sich auf EUR 216,9 Mio. Die Ausgaben wurden durch Einnahmen, Zuwendungen bzw. vorhandene Liquidität vollständig gedeckt.

Auch im Nichtsanierungsbergbau waren die Ausgaben jederzeit durch Einnahmen, Zuwendungen bzw. vorhandene Liquidität gedeckt.

Die Finanzlage der LMBV ist durch einen Mittelabfluss im Rahmen der laufenden Geschäftstätigkeit (EUR 16,5 Mio.) bei Mittelzuflüssen aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit (EUR 7,3 Mio.) geprägt. Der Bestand an finanziellen Mitteln hat sich daraufhin insgesamt um EUR 9,2 Mio. verringert.

## **Ausblick**

Die Entwicklung der Gesamtleistung in den Folgejahren wird im Wesentlichen durch Leistungen der LMBV als Projektträger für die Braunkohlesanierung, durch den Verkauf und die Vermietung/Verpachtung von Liegenschaften sowie durch die Wahrnehmung von Projektmanagementaufgaben bestimmt.

Langfristig wird auf Grund der für die Folgejahre erwarteten negativen Ergebnisentwicklungen das Eigenkapital abnehmen. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist für die Abarbeitung aller anstehenden Aufgaben aus heutiger Sicht weiterhin als ausreichend einzuschätzen.

Die für die Finanzierung des Sanierungsprozesses erforderlichen Mittel sind auf der Basis des „Dritten ergänzenden Verwaltungsabkommens über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA Altlastenfinanzierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995 über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2008 bis 2012 (VA IV Braunkohlesanierung) vom 2. Juli 2007 gesichert. Für das Jahr 2012 liegen die erforderlichen Zuwendungsbescheide vor.

Die Finanzierung der Aktivitäten des Nichtsanierungsbergbaus im Jahr 2012 ist durch den erteilten Zuwendungsbescheid des Bundes gesichert.

Für den Zeitraum 2013 – 2017 wurde Anfang Februar 2012 die abgestimmte Endfassung des Entwurfs des vierten ergänzenden VA über die Finanzierung der Braunkohlesanierung zwischen Bund und Ländern verabschiedet. Im Rahmen der zu Grunde liegenden aktuellen Projektplanung wurden vorliegende Erkenntnisse zu Mehrbedarfen u. a. auf Grund des Böschungsereignisses Nachterstedt und der geotechnischen Ereignisse in der Lausitz berücksichtigt.



Die Auswirkungen der eingerichteten Sperrbereiche auf die Verwertung von Liegenschaften oder ggf. auch die Rückabwicklung von erfolgten Liegenschaftsverkäufen sind gegenwärtig noch nicht im Einzelnen abschätzbar.

## 6 Risikomanagementsystem, bestehende Risiken und Internes Kontrollsystem

Für die LMBV sowie ihre Tochtergesellschaften GVV und LMBV international ist ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es stellt sicher, dass in einem halbjährlichen Rhythmus die Risikosituation der jeweiligen Gesellschaft erfasst, analysiert und ggf. Handlungsbedarf bestimmt wird.

Die per 31. Dezember 2011 durchgeführten Analysen und Bewertungen führten insgesamt zu dem Ergebnis, dass in keiner der genannten Gesellschaften bestandsgefährdende Risiken zu verzeichnen sind.

Das in der **LMBV** bestehende Risiko „geotechnische Ereignisse an Kippenflächen“, das bereits zur Berichterstattung 12/2010 als sehr schwerwiegend (Schadenshöhe >EUR 25 Mio.) und mit einem möglichen Eintreten eingeschätzt wurde, bleibt weiterhin der Risikoklasse 1 zugeordnet. Der Zeitraum für die geotechnische Bewertung der Kippenflächen wurde bis zum 30. Juni 2012 erweitert.

In der LMBV bestehen per 31. Dezember 2011 insgesamt 47 Risiken. Die Risiken wurden vier Risikogruppen (bergbaulich/technische, planerische, wirtschaftliche und sonstige Risiken) zugeordnet. Gegenüber der Risikoanalyse per 30. Juni 2011 sind drei Risiken hinzugekommen und keine Risiken weggefallen. Zwei der neuen Risiken wurden entsprechend der eingeschätzten Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit der Risikoklasse 2 und ein Risiko der Risikoklasse 3 zugeordnet.

Die LMBV hat die bestehenden Instrumente des internen Kontrollsystems sowie deren Zusammenwirken bei der Projektüberwachung analysiert und in einer Gesamtübersicht erfasst. Erforderliche Anpassungen werden bei Bedarf vorgenommen.

In der **LMBV international** wurde vor dem Hintergrund der bevorstehenden Verschmelzung auf die LMBV die Risikosituation neu eingeschätzt. Bei den noch bestehenden fünf Risiken handelt es sich um Risiken, die im Zusammenhang mit noch nicht erfolgten Projektabschlüssen, offenen Forderungen gegenüber ausländischen Vertragspartnern und Gewährleistungen stehen bzw. die sich aus nachlaufenden Prüfungen von Verwendungsnachweisen ergeben können.

In der GVV gibt es per 31. Dezember 2011 keine gravierenden Änderungen gegenüber der Berichterstattung zum III. Quartal 2011 mit insgesamt 28 Risiken. Es sind keine Risiken hinzugekommen und keine Risiken weggefallen. Im Zuge der Aktualisierung der Risikoanalyse wurden vereinzelt Ergänzungen und Präzisierungen der bestehenden Risiken vorgenommen.

## 7 Die Tochtergesellschaften der LMBV (100 % Beteiligungen)

### **GVV-Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH, Sondershausen**

Die Geschäftstätigkeit der GVV konzentrierte sich in 2011 auf die Fortführung der Sanierungs- und Verwahrungsaufgaben im Bergwerk Bischofferode und in den Nachsorgebetrieben Altenberg und Volkenroda sowie auf die Fortsetzung der Verwertung ihrer Liegenschaften.

Die GVV schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Verlust in Höhe von TEUR 15 ab, der unter dem Planansatz von TEUR 20 liegt.

Abweichungen zum Plan der Erträge und in den einzelnen Kostenpositionen resultieren im Wesentlichen aus den zusätzlichen Verwahrmaßnahmen (Versatz) im Nord-Ost-Feld der Grube Bischofferode, aus den nicht geplanten Sicherungsmaßnahmen im Schacht Bischofferode I, aus zusätzlichen Erträgen aus der Erstattung der Stromsteuer sowie aus dem Verkauf von Schrott und Gegenständen des Anlagevermögens.

Im IV. Quartal 2011 wurde die genehmigte Umgliederung von EUR 1,5 Mio. Investitionen in Betriebsmittel planwirksam gemacht.

Die geplanten Zuwendungen des Bundes wurden in vollem Umfang in Anspruch genommen.

Der Personalbestand der GVV betrug zum 31. Dezember 2011 insgesamt 121 Mitarbeiter (ohne Auszubildende).

### **LMBV international GmbH, Senftenberg**

Das besondere Know-how der LMBV wird seit dem 1. September 2007 über die Tochtergesellschaft LMBV international GmbH verwertet.

Auf Grund fehlender Auslandsaufträge und der daraufhin vorgesehenen Verschmelzung der Gesellschaft auf die LMBV wurde im Laufe des Jahres die Geschäftstätigkeit der eingeschätzten

## Lagebericht

Marktlage angepasst und die Umsatzerwartung gesenkt. Zur Minimierung des Verlustes wurden Kostensenkungspotenziale erschlossen, u. a. das Personal reduziert sowie die Akquiseaufwendungen verringert.

Insgesamt hat die LMBV international das Jahr 2011 mit einem negativen Ergebnis von TEUR 101 abgeschlossen.

Im Jahr 2011 wurden insbesondere Projekte in Vietnam und Polen bearbeitet. Etwa 76 % der Ingenieurleistungen wurden für die LMBV erbracht.

Der Personalbestand per 31. Dezember 2011 betrug drei Mitarbeiter.

### **Ausblick**

In den August-Sitzungen des Beirates der LMBV international und des Aufsichtsrates der LMBV wurde empfohlen bzw. beschlossen, die Verschmelzung der LMBV international auf die LMBV mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 vorzubereiten. Entsprechende Aktivitäten wurden eingeleitet. Die Gesellschaft beschäftigt ab dem 1. Januar 2012 keine Mitarbeiter mehr.

Bis zur faktischen Wirksamkeit der Verschmelzung wird nur das Projekt Vietnam fortgeführt.

Ein Unternehmensplan wurde nicht mehr erstellt.

Notwendige Aktivitäten zum Know-how Austausch im Interesse des Sanierungsfortschritts werden durch die LMBV wahrgenommen.

Die Geschäftsführung möchte sich auf diesem Wege bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LMBV und bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Gesellschaft für die geleistete Arbeit in 2011 bedanken.

Senftenberg, den 19. April 2012

Dr. Kuyumcu  
Vorsitzender der  
Geschäftsführung

Dr. Meyer  
Kaufmännischer  
Geschäftsführer



Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-  
Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Bilanz zum 31. Dezember 2011

**A k t i v a**

	31.12.2011		31.12.2010		Anhang
	EUR	EUR	EUR	EUR	
<b>A. Anlagevermögen</b>					( 3.1 )
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen		281.627,00		210.359,00	
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	21.299.952,65		22.981.785,63		
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00		3.043,00		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	334.095,00		230.098,00		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	67.615,50	21.701.663,15	14.132,00	23.229.058,63	
<b>III. Finanzanlagen</b>					
Anteile an verbundenen Unternehmen		76.694,29		76.694,29	
		22.059.984,44		23.516.111,92	
<b>B. Umlaufvermögen</b>					
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>					( 3.2 )
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	486.913,72		1.294.505,70		
2. Forderungen gegen den Gesellschafter	209.341.609,30		218.537.384,85		
3. Forderungen im Rahmen des Verwaltungsab- kommens-Braunkohlesanierung --davon gegen den Gesellschafter EUR 9.379.517,81 (i. Vj. EUR 12.097.244,55)--	9.477.941,42		12.172.288,98		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	30.071.172,20	249.377.636,64	24.204.257,23	256.208.436,76	
<b>II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>		18.993.566,13		28.189.275,05	( 3.3 )
		268.371.202,77		284.397.711,81	
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		159.365,39		96.194,77	
		290.590.552,60		308.010.018,50	

## Passiva

	31.12.2011		31.12.2010		Anhang
	EUR	EUR	EUR	EUR	
<b>A. Eigenkapital</b>					(3.4)
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>		25.564,59		25.564,59	
<b>II. Kapitalrücklage</b>		116.356.642,22		116.512.086,71	
<b>III. Gewinnrücklagen</b>					
1. Satzungsmäßige Rücklage	2.556,46		2.556,46		
2. Zweckgebundene Rücklage für Sozialplanverpflichtungen	27.500.000,00	27.502.556,46	27.500.000,00	27.502.556,46	
<b>IV. Bilanzverlust (i. Vj. Bilanzgewinn)</b>		4.346.592,35		11.237.724,37	
		139.538.170,92		155.277.932,13	
<b>B. Rückstellungen</b>					(3.5)
1. Rückstellungen für Pensionen		2.795.602,22		2.624.784,40	
2. Steuerrückstellungen		208.545,32		1.729.758,80	
3. Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen		63.124.427,00		62.609.639,27	(3.6)
--nach Abzug einer Finanzierungszusage von EUR 1.422.710.987,00 (i. Vj. EUR 1.337.304.818,86)--					
4. Sonstige Rückstellungen		44.798.281,54		41.503.396,93	
		110.926.856,08		108.467.579,40	
<b>C. Verbindlichkeiten</b>					(3.7)
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		34.158.193,86		31.425.268,52	
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		388.212,40		424.453,37	
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter		0,00		119.396,04	
4. Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens- Braunkohlesanierung		2.143.999,53		8.717.953,98	
5. Sonstige Verbindlichkeiten		3.011.500,06		3.073.072,89	
--davon aus Steuern EUR 418.867,32 (i. Vj. EUR 454.131,07)--					
		39.701.905,85		43.760.144,80	
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		423.619,75		504.362,17	
		290.590.552,60		308.010.018,50	

# Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

- 
- 
1. Umsatzerlöse
  2. Erträge für Sanierungsleistungen im Rahmen  
des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung
  3. Sonstige betriebliche Erträge
  4. Materialaufwand
    - a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe
    - b) Aufwendungen für bezogene Leistungen
  5. Personalaufwand
    - a) Gehälter
    - b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung  
und für Unterstützung  
--davon für Altersversorgung EUR 0,00 (i. Vj. EUR 0,00)--
  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagever-  
mögens und Sachanlagen
  7. Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen  
des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung
  8. Sonstige betriebliche Aufwendungen
  9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
  10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen  
--davon an verbundene Unternehmen EUR 2.851,60 (i. Vj. EUR 2.902,81)--
- 
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
  12. Außerordentliche Erträge
  13. Außerordentliche Aufwendungen
  14. Außerordentliches Ergebnis
  15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
  16. Sonstige Steuern
- 
17. Jahresfehlbetrag
  18. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr
  19. Entnahmen aus der Kapitalrücklage
  20. Entnahmen aus Gewinnrücklagen (BilMoG)
  21. Einstellungen in Gewinnrücklagen (Zweckgebundene Rücklage  
für Sozialplanverpflichtungen)
- 
22. Bilanzverlust (i. Vj. Bilanzgewinn)
-



## Gewinn- und Verlustrechnung

2011		2010		Anhang
EUR	EUR	EUR	EUR	
	24.791,04		5.924,06	( 4.1 )
	203.478.510,21		222.431.503,77	( 4.2 )
	31.466.481,00		35.121.365,85	( 4.3 )
346.146,63		328.942,22		
7.969.463,18	8.315.609,81	9.639.126,44	9.968.068,66	
35.620.905,36		34.134.024,51		
7.435.092,65	43.055.998,01	7.291.147,16	41.425.171,67	( 4.4 )
	996.408,57		1.331.821,95	( 4.5 )
	168.734.982,46		188.795.009,45	( 4.6 )
	33.732.405,97		26.549.991,65	( 4.7 )
	5.414.978,98		5.101.088,47	( 4.8 )
	1.291.839,20		1.336.968,25	( 4.8 )
	-15.742.482,79		-6.747.149,48	
	0,00		3.850.310,73	
	0,00		1.475.378,00	
	0,00		2.374.932,73	
	-233.124,74		480.154,03	
	74.958,67		160.788,79	( 4.9 )
	15.584.316,72		5.013.159,57	
	11.237.724,37		16.250.883,94	
	0,00		4.879.000,00	
	0,00		22.621.000,00	
	0,00		27.500.000,00	
	4.346.592,35		11.237.724,37	

# Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

## Anhang für das Geschäftsjahr 2011

### 1 Allgemeine Angaben

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg, ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB.

Alleinige Gesellschafterin ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen (kurz "BMF").

Mit Datum vom 20. Dezember 1995 hat die LMBV vom Bundesministerium der Finanzen eine Finanzierungszusage des Inhalts erhalten, dass die Bundesrepublik Deutschland die nicht durch Gewährung von Zuschüssen oder sonstigen Zahlungen Dritter abgedeckten notwendigen Ausgaben für die Erfüllung der bergrechtlichen Verwahrungs- und Sanierungspflichten gemäß Bundesberggesetz (BBergG) und anderer einschlägiger Bestimmungen trägt, soweit diese vor dem 1. Juli 1990 entstanden sind und die LMBV wegen § 58 Abs. 2 BBergG zur Durchführung von Maßnahmen verpflichtet ist.

Weitere Grundlagen für die Braunkohlesanierung sind das "Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten" (VA-Altlastenfinanzierung) vom 1. Dezember 1992 unter Einbeziehung der "Bund-Länder-Vereinbarung zur Finanzierungsregelung der ökologischen Altlasten" vom 22. Oktober 1992 sowie das "Erste Verwaltungsabkommen zur Änderung des Verwaltungsabkommens über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten" vom 10. Januar 1995, das "Ergänzende Verwaltungsabkommen zum VA-Altlastenfinanzierung über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 1998 - 2002 (VA II-Braunkohlesanierung)" vom 18. Juli 1997, das "Zweite Ergänzende Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastenfinanzierung) in den Jahren 2003 bis 2007 (VA III-Braunkohlesanierung)" vom 26. Juni 2002 und das "Dritte Ergänzende Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA Altlastenfinanzierung) in den Jahren 2008 bis 2012 (VA IV-Braunkohlesanierung)" vom 2. Juli 2007.

## 2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung des Jahresabschlusses entspricht den Vorschriften des § 266 HGB, § 275 Abs. 1, 2 HGB i. V. m. § 265 HGB (Gesamtkostenverfahren) sowie den ergänzenden Vorschriften des DMBilG. Bergbautypische Sachverhalte (Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen) werden gesondert ausgewiesen.

Zur Erhöhung der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die sich aus den Sanierungsleistungen ergebenden Sachverhalte in der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert gezeigt. Dabei handelt es sich um die Posten Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens – Braunkohlesanierung sowie Erträge und Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens - Braunkohlesanierung.

Der Jahresabschluss ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften für Gesellschaften mit beschränkter Haftung aufgestellt. Die für den Jahresabschluss relevanten Vorschriften des DMBilG, der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) sind berücksichtigt. Das Finanzstatut der LMBV wurde beachtet.

Die Vorschriften des HGB nach der Novellierung durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurden im Vorjahr erstmalig angewendet. Entsprechend den Übergangsvorschriften zum BilMoG (Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB) wurde die Bewertungsstetigkeit nach § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB, die Darstellungsstetigkeit nach § 265 Abs. 1 HGB und die Angabepflichten nach § 284 Abs. 2 Nr. 3 HGB bei Anpassungen auf Grund der Erstanwendung des BilMoG nicht angewendet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze des Vorjahres wurden im Wesentlichen beibehalten. Wesentliche Anpassungen ergaben sich in der Bewertung der Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen.

### 2.1 Aktiva

#### 2.1.1 Anlagevermögen

Die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens erfolgt in dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagespiegel.

## Anhang

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

**Sachanlagen** sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen und abzüglich Abschreibungen sowie bei den Zugängen im Sanierungsbergbau abzüglich erhaltener Zuschüsse bzw. Zuwendungen bewertet. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten und angemessene Teile der Gemeinkosten.

Auch im laufenden Geschäftsjahr wurde die Erfassung der Nutzungsartenänderung des Liegenschaftsvermögens unter Beachtung des zwischenzeitlichen Sanierungsfortschrittes fortgeführt und die Ergebnisse im Inventar umgesetzt. Soweit es im Ergebnis dieser Betrachtungen zu Korrekturen der Wertansätze kommt, werden außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund dauernder Wertminderungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB und Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Auch in den Folgejahren sind durch die Sanierung und die damit einhergehende Umwidmung von betrieblichen Nutzungsarten weitere Veränderungen nicht auszuschließen.

Abnutzbare Sachanlagen werden planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter mit einem Einzelanschaffungspreis über EUR 150,00 und bis zu EUR 1.000,00 werden im Jahr der Anschaffung sowie in den folgenden vier Wirtschaftsjahren linear mit 20 % p. a. abgeschrieben.

Unter **Finanzanlagen** ausgewiesene Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten abzüglich notwendiger Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung bilanziert.

### 2.1.2 Umlaufvermögen

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden mit dem Nennwert abzüglich angemessener Pauschalwertberichtigungen (1 %) für das allgemeine Kreditrisiko bewertet. Für zweifelhafte Forderungen werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

**Forderungen und Verbindlichkeiten gegen(über) verbundene(n) Unternehmen** werden jeweils saldiert ausgewiesen soweit es sich um hinsichtlich Art, Fristigkeit und Fälligkeit gleichartige Forderungen und Verbindlichkeiten handelt.

**Forderungen gegen den Gesellschafter** werden zum Nennwert bewertet.

**Forderungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung** werden mit dem Nennwert bewertet.

**Sonstige Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert und bei entsprechender Langfristigkeit abgezinst sowie unter Abzug von Einzelwertberichtigungen bewertet.

Die **flüssigen Mittel** (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) sind zum Nennwert bewertet.

### **2.1.3 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschluss-Stichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Die Bewertung erfolgte zum Nennwert.

## **2.2 Passiva**

### **2.2.1 Eigenkapital**

Das Eigenkapital ist zum Nominalwert angesetzt.

### Rückstellungen

Die **Rückstellungen für Pensionen** werden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Berechnungen bewertet. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurde nach der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) durchgeführt. Der Rückstellungsbetrag ist unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung sowie evtl. Fluktuationswahrscheinlichkeiten zu ermitteln. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die ‚Richttafeln 2005 G‘ von Klaus Heubeck verwendet. Die Rückstellungen für Pensionen werden mit den Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von TEUR 592 saldiert ausgewiesen. Folgende weitere Annahmen liegen der Bewertung folgender Gutachten zu Grunde:

	Rechnungszinssatz p. a.	Rententrend p. a.
	%	%
Einzelzusagen LMBV	5,14	2,00 / 2,25
BMGB-Einzelzusagen	5,14	2,00 / 3,00
BMGB-Versorgungsordnung	5,14	---

Die Ermittlung der **Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen** erfolgt unter Berücksichtigung der Finanzierungszusage des BMF nach ihrer zeitlichen Verursachung sowie nach räumlich getrennten Bereichen (Territorialprinzip). Auf der Grundlage der vorgenannten Bewertungsfaktoren sowie unter Berücksichtigung der bis zum 31. Dezember 2011 erbrachten Sanierungsleistungen erfolgte die Bewertung der ausstehenden bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen. Die Ermittlung der Verpflichtungen basiert wie in den Vorjahren auf gutachterlichen Stellungnahmen, Standsicherheitsgutachten sowie veränderten Verfahrenswesen und Technologien.

Die Verpflichtungen resultieren aus bergrechtlichen Sicherungs- und Sanierungsverpflichtungen gemäß Bundesberggesetz und anderen einschlägigen Bestimmungen, wie z. B. den Abfallgesetzen der Länder, sowie aus öffentlich-rechtlichen Verwaltungsakten.

Die sich aus diesen Rechtsgrundlagen ergebenden Risiken aus bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen sind grundsätzlich als Rückstellungen zu passivieren. Dabei werden die Verpflichtungen in vor dem 1. Juli 1990 entstandene (Altlasten) und solche, die sich aus der Tätigkeit nach dem 1. Juli 1990 ergeben haben (Neulasten), unterteilt. Bei den Verpflichtungen aus Altlasten, die durch eine Finanzierungszusage des Bundes gemäß Schreiben vom 20. Dezember 1995 abgedeckt sind, wird der Anspruch der Gesellschaft aus der Finanzierungszusage von der Gesamtrückstellung offen abgesetzt. Nur die Neulasten werden letztendlich als Rückstellungen ausgewiesen.

Die Bewertungen beinhalten künftige Preissteigerungen unter Berücksichtigung von erwarteten Ausschreibungsergebnissen und technologischem Fortschritt in Höhe von 1,5 % p. a. sowie die

Abzinsungzinssätze der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Die Laufzeiten der Rückstellungen erstrecken sich bis in das Jahr 2050.

Nach der Anpassung der Nominalverpflichtung aus der technischen Planung an die Vorschriften des HGB n.F. unter Ausübung des Beibehaltungswahlrechtes des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ergaben sich Auswirkungen auf die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen für Altlasten (Verminderung TEUR 13.523) und auf die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen Neulasten (Verminderung TEUR 211). Die im Rahmen des Beibehaltungswahlrechts fortgeführten Unterschiedsbeträge betragen zum Bilanzstichtag für Altlasten TEUR 131.343 und für Neulasten TEUR 5.760.

Die projektkonkrete Planung der bergbaulichen Verpflichtungen berücksichtigt alle derzeit bekannten, noch zu erbringenden Leistungen und die damit verbundenen Kosten für einen Planungshorizont bis zum Jahr 2050. Sofern über diesen Planungshorizont hinaus Aufgaben oder Leistungen zu erbringen sind, werden diese neuen Erkenntnisse fortlaufend in die jeweilige Planung und Bewertung der LMBV einbezogen. Ausgehend davon, dass diese Verpflichtungen derzeit sowohl rechtlich als auch materiell noch nicht abschließend beurteilt werden können, sind durch den Erkenntnisfortschritt in Folgejahren weitere Änderungen nicht auszuschließen.

Die Bildung der **Steuerrückstellungen** und der **sonstigen Rückstellungen** erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung, so dass sie den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten ausreichend Rechnung tragen.

Die **Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen** wurden zum 31. Dezember 2011 durch ein versicherungsmathematisches Gutachten bewertet. Die Bewertung erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme vom 18. November 1998, den versicherungsmathematischen Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zu Grunde. In der Handelsbilanz wurden der Rechnungszins für die Altersteilzeitverpflichtungen mit 3,94 % sowie ein Gehaltstrend von 2,90 % angesetzt.

Die **Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen** wurden zum 31. Dezember 2011 durch ein versicherungsmathematisches Gutachten nach der so genannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) bewertet. Den versicherungsmathematischen Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zu Grunde. In der Handelsbilanz wurden der Rechnungszins mit 4,49 % sowie ein Gehaltstrend von 2,90 % angesetzt.

Die **Rückstellung für Archivierungskosten** wird entsprechend den Anforderungen aus § 257 HGB, § 147 AO und § 70 BbergG für einen durchschnittlichen Aufbewahrungszeitraum von elf Jahren gebildet und unterliegt keiner Abzinsung.

Die verbleibenden sonstigen Rückstellungen sind kurzfristige Rückstellungen.



## Anhang

### 2.2.2 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag bewertet.

### 2.2.3 Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Abschluss-Stichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

### 2.3 Berichtigung von Wertansätzen nach § 36 DMBilG

Durch ergangene Vermögenszuordnungsbescheide haben sich das Sachanlagevermögen und die Kapitalrücklage um jeweils TEUR 155 verringert.

## 3 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2011

### 3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagepiegel zu entnehmen.

Aufwendungen der Gesellschaft im Rahmen der Entwicklung ausgewählter Standorte sind als nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten (im Geschäftsjahr 2011 TEUR 254) aktiviert.

In Folge der Aktualisierung der Buchwerte im Sachanlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 827 vorgenommen. Diese betreffen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die im Folgejahr zu entsprechend geringeren Werten veräußert werden (TEUR 205), aus der im Geschäftsjahr 2011 erfolgten Überprüfung und daraus resultierenden Neubewertung der Nutzungsarten (TEUR 413) und aus der Neubewertung der Prioritätenstandorte (TEUR 209).

Im Anlagevermögen sind Zuschreibungen von insgesamt TEUR 440 berücksichtigt, die wegen Wegfall von Gründen für in Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen waren. Darin enthalten sind TEUR 64 aus der Überprüfung der Prioritätenstandorte.

Zudem wurden im Zusammenhang mit der Rückübertragung von restitutionsbehafteten Grundstücken auf Grund von Vermögenszuordnungsbescheiden in Höhe von TEUR 155 die im Zeitraum 1. Juli 1990 bis zum Zeitpunkt der Rückübertragung vorgenommenen Abschreibungen in Höhe von TEUR 92 auf Grund und Boden sowie Bauten wieder zugeschrieben.

### 3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamtbetrag 31.12.2011	davon mit einer Restlaufzeit	
		von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	487	0	0
(31. Dezember 2010)	(1.295)	(0)	(0)
Forderungen gegen den Gesellschafter	209.342	0	0
(31. Dezember 2010)	(218.537)	(0)	(0)
Forderungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung	9.478	0	0
(31. Dezember 2010)	(12.172)	(0)	(0)
Sonstige Vermögensgegenstände	30.071	173	32
(31. Dezember 2010)	(24.204)	(1.195)	(41)
	249.378	173	32
(31. Dezember 2010)	(256.208)	(1.195)	(41)

Die Forderungen gegen den Gesellschafter (TEUR 209.342) betreffen im Wesentlichen Ansprüche aus der Erstattungsforderung im Zusammenhang mit der Darlehensgewährung der LMBV an den Bund (BMF) (TEUR 207.720) und Zinsen auf die Erstattungsforderung (TEUR 55).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen in Höhe von TEUR 15.992 Forderungen aus der Abrechnung von in 2011 erbrachten Sanierungsleistungen, die durch die noch nicht abgeschlossene Bewertung der erbrachten Leistungen erst im Folgejahr in der Maßnahmeabrechnung berücksichtigt werden.

Die Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen wurden auf Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen des Versicherers bewertet und in Höhe von TEUR 592 mit den Rückstellungen für Pensionen saldiert ausgewiesen.

### 3.3 Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Kassenbestand	6	2
Guthaben bei Kreditinstituten und bei der Finanzagentur des Bundes	18.988	28.187
	18.994	28.189

### 3.4 Eigenkapital

	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	26	26
Kapitalrücklage	116.357	116.512
Gewinnrücklagen		
1. satzungsmäßige Rücklage	2	2
2. zweckgebundene Rücklage für Sozialplanverpflichtungen	27.500	27.500
Bilanzverlust (i. Vj. Bilanzgewinn)	4.347	11.238
Eigenkapital	139.538	155.278

Die Veränderung der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 155 resultiert aus Berichtigungen nach § 36 DMBilG.

### 3.5 Pensions-, Steuer- und sonstige Rückstellungen

	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Rückstellungen für Pensionen	2.796	2.625
Steuerrückstellungen	209	1.730
Sonstige Rückstellungen	44.798	41.503
	47.803	45.858

Die Rückstellungen für Pensionen wurden mit den Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von TEUR 592 saldiert ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 29.382), die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (TEUR 2.950), Restitutionsansprüche (TEUR 2.513), Risiken aus der Sanierungstätigkeit (TEUR 2.196), Sanierungsrahmen-

konzept Großkayna (TEUR 1.942), Altvorgang Abwasserabgabe (TEUR 1.620) sowie Rechtstreitigkeiten und Schadenersatzverpflichtungen (TEUR 935).

### 3.6 Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen

Im Hinblick auf die Finanzierungszusage des Bundes werden nur die Verpflichtungen in der Bilanz gezeigt, die durch den Bergwerksbetrieb nach dem 1. Juli 1990 verursacht sind. Die Verpflichtungen, die durch den Bergwerksbetrieb vor dem 1. Juli 1990 verursacht sind, werden wegen der erteilten Finanzierungszusage in der Bilanz nur nachrichtlich ausgewiesen. Da die Finanzierungszusage aber nicht als Freistellung von der bergrechtlichen Verantwortung zu verstehen ist, bestehen die Verpflichtungen der LMBV dem Grunde nach fort. Deshalb werden, soweit hinreichend konkretisierbar, die gesamten bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen aus Alt- und Neulasten wie folgt angegeben:

	Bilanzwerte					
	Altlasten	Neulasten	Summe	abzüglich Finanzierungs- zusage		
	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sanierung Tagebaurestlöcher	1.081.289	48.810	1.130.099	1.081.289	48.810	49.597
Sanierung von Veredlungsanlagen	175.443	10.252	185.695	175.443	10.252	9.587
Verwahrung von unterirdi- schen Hohlräumen außer- halb von Tagebauen und Veredlungsanlagen	20.762	0	20.762	20.762	0	0
Bergschäden	21.956	0	21.956	21.956	0	7
Zentrale Maßnahmen und Forschung	11.791	0	11.791	11.791	0	0
Übergreifende Maßnahmen zur Sanierung des Wasser- haushaltes	172.238	6.430	178.668	172.238	6.430	5.575
	1.483.479	65.492	1.548.971	1.483.479	65.492	64.766
Anpassung der Nominalver- pflichtung aus der techni- schen Planung an die Vor- schriften des HGB n.F. unter Ausübung des Beibehal- tungswahlrechtes des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB	-60.768	-2.367	-63.135	-60.768	-2.367	-2.156
Summe	1.422.711	63.125	1.485.836	1.422.711	63.125	62.610

### 3.7 Verbindlichkeiten

	davon mit einer Restlaufzeit		
	Gesamtbetrag 31.12.2011	von bis zu einem Jahr	von einem bis fünf Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (31. Dezember 2010)	34.158 (31.425)	34.013 (30.172)	145 (1.253)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (31. Dezember 2010)	388 (425)	388 (425)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter (31. Dezember 2010)	0 (119)	0 (119)	0 (0)
Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens – Braunkohlesanierung (31. Dezember 2010)	2.144 (8.718)	2.144 (8.718)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten (31. Dezember 2010)	3.012 (3.073)	3.012 (3.073)	0 (0)
	39.702	39.557	145
(31. Dezember 2010)	(43.760)	(42.507)	(1.253)

Alle Verbindlichkeiten sind unbesichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von TEUR 378 gegenüber der LMBV international aus Leistungsbeziehungen sowie in Höhe von TEUR 10 als sonstige Verbindlichkeit gegenüber der GVV aus einer für die Jahre 2010 (TEUR 4) und 2011 (TEUR 6) zu entrichtenden Ausgleichszahlung (Gesellschaftereinlage zum Ausgleich nicht zuwendungsfähiger Ausgaben).

## 4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

### 4.1 Umsatzerlöse

	2011	2010
	TEUR	TEUR
Nebenprodukte (im Wesentlichen Kiese)	25	6

## 4.2 Erträge für Sanierungsleistungen im Rahmen des VA-Braunkohlesanierung

In dieser Position sind Erträge aus Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 2 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 109.823, Erträge aus Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 3 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 51.835, Erträge aus Zuschüssen und Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 4 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 21.890 sowie Erträge aus Zuschüssen für das Sonderprojekt Nachterstedt von TEUR 19.930 enthalten.

## 4.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten:

	2011	2010
	TEUR	TEUR
<b>Periodenbezogene Erträge</b>		
Neutrale Erträge Sanierung	15.992	6.833
Gegenposten für die Inanspruchnahme von Rückstellungen	6.614	7.708
Erträge aus der Werterhöhung des Anlagevermögens	491	1.856
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	508	617
Erträge aus Weiterberechnungen	203	334
Erträge aus zweckgebundenen Zuschüssen	634	344
Übrige	867	618
	25.309	18.310
<b>Periodenfremde Erträge</b>		
Auflösung von Rückstellungen	3.932	12.767
Buchgewinne aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	1.421	1.869
Erträge aus Entschädigungen und Mehrerlösklauseln	407	1.307
Auflösung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	268	110
Übrige	129	758
	6.157	16.811
	31.466	35.121

Die Auflösung von Rückstellungen beinhaltet im Wesentlichen die Auflösung der Rückstellung für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen (TEUR 2.665), für Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzverpflichtungen (TEUR 660) sowie Rückstellungen für Restitutionsansprüche - Erlösauskehr (TEUR 282).

### 4.4 Personalaufwand

	2011	2010
	TEUR	TEUR
<b>Gehälter</b>		
Gehälter	28.816	27.529
Sonstiger Personalaufwand	6.805	6.605
	35.621	34.134
<b>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>		
Soziale Abgaben	7.317	7.291
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	118	0
	7.435	7.291
	43.056	41.425

### 4.5 Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres auf das Anlagevermögen betreffen planmäßige (TEUR 169) und außerplanmäßige (TEUR 827) Abschreibungen.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen betreffen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die im Folgejahr zu entsprechend geringeren Marktwerten veräußert werden (TEUR 205), Abbauland/Halde incl. Sanierung (TEUR 4), Wasserflächen (TEUR 230), Flächen für Freizeit und Erholung (TEUR 2), Forstwirtschaftliche Flächen (TEUR 25), Gewerbe/Gebäude und Freiflächen (TEUR 22), Landwirtschaftliche Flächen (TEUR 79), Sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung (TEUR 26) sowie Verkehrsflächen (TEUR 25). TEUR 209 resultieren aus der Neubewertung der Prioritätenstandorte.

### 4.6 Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen des VA-Braunkohlesanierung

Hierin sind Aufwendungen für Sanierungsleistungen des § 2 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 93.974, nach § 3 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 38.520 und nach § 4 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 18.488 sowie Aufwendungen für das Sonderprojekt Nachterstedt in Höhe von TEUR 17.753 enthalten.

#### 4.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten:

	2011	2010
	TEUR	TEUR
<b>Periodenbezogene Aufwendungen</b>		
Verwaltungsaufwendungen	3.589	4.206
Vertriebsaufwendungen	219	329
Übrige Betriebsaufwendungen	28.469	21.566
	32.277	26.101
<b>Periodenfremde Aufwendungen</b>		
Buchverluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	65	149
Übrige	1.390	300
	1.455	449
	33.732	26.550

Die übrigen Betriebsaufwendungen beinhalten im Wesentlichen Zuführungen zur Rückstellung für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen (TEUR 9.543) sowie für Risiken aus der Sanierungstätigkeit (TEUR 1.302).

#### 4.8 Erläuterung der Erträge und Aufwendungen gemäß § 277 Abs. 5 HGB

Im Geschäftsjahr 2011 wurden nach den Vorschriften des § 277 Abs. 5 HGB Zinserträge in Höhe von TEUR 211 und Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 1.138 ermittelt.

Die Zinserträge betreffen Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen.

Die Zinsaufwendungen resultieren aus der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 979), der Rückstellungen für Pensionen (TEUR 156) und den Rückstellungen für Jubiläen (TEUR 3).

#### 4.9 Sonstige Steuern

In den sonstigen Steuern sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 351 enthalten. Sie betreffen im Wesentlichen die Rückerstattung von in den Jahren 2006 bis 2010 gezahlter Grundsteuer.



## 5 Sonstige Angaben

### 5.1 Aufstellung des Anteilsbesitzes

Gesellschaft	Sitz	Eigenkapital		Anteil der LMBV am Stammkapital		Jahresergebnis TEUR
		TEUR	TEUR	%		
Anteile an verbundenen Unternehmen						
LMBV international GmbH (LMBV international)	Senftenberg	417 (31.12.2011)	77	100		-101 (31.12.2011)
GVV - Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH (GVV)	Sondershausen	8.388 (31.12.2011)	26	100		-15 (31.12.2011)

### 5.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB

	2012 TEUR	länger als ein Jahr TEUR
Bestellobligo Sanierungsbergbau	63.102	872
Bestellobligo Nichtsanierungsbergbau	3.572	107
Miet-, Leasing- und Datenverarbeitungsverträge	4.191	2.282
	<b>70.865</b>	<b>3.261</b>

Die Gesellschaft unterliegt der gesamtschuldnerischen Haftung für Altverbindlichkeiten gemäß § 12 Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen auf Grund der Verschmelzung mit den aus den Aufspaltungen entstandenen Gesellschaften Lausitzer Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Brieske (kurz „LBV“) und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bitterfeld (kurz „MBV“). Aus der Spaltung der Gesellschaften MIBRAG und LAUBAG besteht für die LMBV als Rechtsnachfolgerin von LBV und MBV ein latentes Restrisiko, welches derzeit in seiner Höhe nicht quantifizierbar ist.

Die GVV - Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben hat zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemäß § 58 Abs. 2 BBergG für die nicht durch die Gewährung von Zuschüssen Dritter abgedeckten notwendigen Ausgaben eine Finanzierungszusage von der Treuhandanstalt erhalten. Diese Verpflichtungen sind gemäß § 23a Abs. 3 Satz 1 Treuhandgesetz zum 31. Dezember 1994 auf die Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin mbH, Berlin (kurz "BMGB"), übergegangen. Durch die Verschmelzung der BMGB auf die LMBV zum 1. Januar 2000 ist diese Verpflichtung auf die LMBV übergegangen. Gemäß § 3

Abs. 1 Treuhandübertragungsgesetz haftet für diese Verpflichtung im Innenverhältnis allein der Bund.

### 5.3 Aufgliederung der Arbeitnehmerzahl

In der Gesellschaft waren in 2011 ohne Geschäftsführung durchschnittlich beschäftigt:

	Anzahl 2011	Anzahl 2010
Frauen	351	353
Männer	341	334
	692	687

In den vorgenannten Arbeitnehmerzahlen sind 61 Auszubildende (im Vorjahr 59) enthalten, davon 18 Frauen (im Vorjahr 19).

### 5.4 Konzernzugehörigkeit

Die Tochterunternehmen GVV und LMBV international sind einzeln und zusammen von untergeordneter Bedeutung und werden in Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss der LMBV einbezogen.

Als Folge daraus entfällt für die LMBV die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2011.

### 5.5 Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr.17 HGB

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 260. Das Gesamthonorar beinhaltet Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von TEUR 141, andere Bestätigungsleistungen in Höhe von TEUR 7, Steuerberatungsleistungen in Höhe von TEUR 97 sowie prüfungsnahe bzw. betriebswirtschaftliche Beratungsleistungen in Höhe von TEUR 15.

### **5.6 Entsprechenserklärung Public Corporate Governance Kodex**

Der Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes wurde erstellt. Die Entsprechenserklärung wurde von der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat abgegeben. Eine Veröffentlichung des Berichts zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes ist vorgesehen.

### **5.7 Erklärung nach §§ 285 Nr. 21, 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB**

Die durch das Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) eingeführten Regelungen gemäß §§ 285 Nr. 21, 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB hinsichtlich der Angaben über Geschäfte der Gesellschaft mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden beachtet. Dabei haben wir festgestellt, dass keine wesentlichen Geschäfte im oben genannten Sinne durch die LMBV oder deren Tochterunternehmen getätigt wurden.

### **5.8 Erklärung nach §§ 285 Nr. 29 HGB Angaben zu latenten Steuern**

Zum 31. Dezember 2011 bestehen in den Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in Höhe von TEUR 2.368, die zu passiven latente Steuern führen würden. Differenzen in den sonstigen Rückstellungen bzw. Rückstellungen für Pensionen zum 31. Dezember 2011 führen zu einem Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieses Überhangs wurde entsprechend § 274 Abs. 1 S. 2 HGB verzichtet.

### **5.9 Organe der Gesellschaft**

#### **Aufsichtsrat**

Dr. Bernd Hartmann<sup>1</sup>, Bonn  
Ministerialrat im Bundesministerium  
für Finanzen

- Vorsitzender -

Hartmut Löschner<sup>1</sup>, Langenhagen  
Berater der Industriegewerkschaft  
Bergbau, Chemie, Energie

- Stellvertretender Vorsitzender -

Elisabeth Wessel<sup>1</sup>, Berlin  
Ministerialrätin im Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Bernard Veltrup<sup>1</sup>, Berlin  
Ministerialrat a. D.

Gerhard Nies<sup>1</sup>, Meuro  
ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung  
TAKRAF GmbH

Christoph J. Queling<sup>1</sup>, Kaiserslautern  
WK Wirtschaftsberatungskanzlei  
Queling GmbH

Olaf Gunder<sup>2</sup>, Großräschen  
Gesamtbetriebsratsvorsitzender der LMBV und  
Vorsitzender des Betriebsrates Lausitz

Dietmar Stein<sup>2</sup>, Borna  
Stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender der LMBV und  
Vorsitzender des Betriebsrates Mitteldeutschland

Uwe Bruchmüller<sup>2</sup>, Thalheim  
stellvertretender Landesbezirksleiter der  
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie  
Landesbezirk Baden-Württemberg  
(Mitglied des Aufsichtsrates bis zum 30. April 2011)

Ralf Hermwapelhorst<sup>2</sup>,  
Spremburg OT Schwarze Pumpe  
Bezirksleiter IG BCE Bezirk Cottbus  
(Mitglied des Aufsichtsrates seit 1. Mai 2011)

---

1 Anteilseignervertreter

2 Arbeitnehmervertreter

## Anhang

### Geschäftsführung

Dr.-Ing. Mahmut Kuyumcu, Berlin  
- Vorsitzender der Geschäftsführung –

Dr. oec. Hans-Dieter Meyer, Lauchhammer  
- Kaufmännischer Geschäftsführer -

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr TEUR 461, davon:

	TEUR
Dr.-Ing. Mahmut Kuyumcu	247
Dr. oec. Hans-Dieter Meyer	214

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich auf TEUR 42, davon:

	TEUR
Dr. Bernd Hartmann	8
Hartmut Löschner	6
Elisabeth Wessel	4
Dr. Bernard Veltrup	4
Gerhard Nies	4
Christoph J. Queling	4
Olaf Gunder	4
Dietmar Stein	4
Uwe Bruchmüller	4

Die Gesamtbezüge für ehemalige Geschäftsführer betragen im Geschäftsjahr TEUR 103.

Die für Pensionen an derzeitige und ehemalige Geschäftsführer gebildete Rückstellung belief sich zum 31. Dezember 2011 auf TEUR 2.568.

Senftenberg, den 19. April 2012

Dr. Kuyumcu	Dr. Meyer
Vorsitzender der	Kaufmännischer
Geschäftsführung	Geschäftsführer



Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-  
Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2011

	Anschaffungs- und Herstellungskosten							
	Vortrag	Berichti- gungen nach	Berichtigter				Stand	Vortrag
	1.1.2011	§ 36 DMBilG	1.1.2011	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	31.12.2011	1.1.2011
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>								
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	3.594.460,59	0,00	3.594.460,59	158.824,67	0,00	173.979,48	3.579.305,78	3.384.101,59
<b>II. Sachanlagen</b>								
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	139.871.614,63	-154.651,41	139.716.963,22	357.760,32	5,50	6.070.238,40	134.004.490,64	116.889.829,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	18.901.804,95	0,00	18.901.804,95	0,50	3,00	4.808.775,63	14.093.032,82	18.898.761,95
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.416.770,59	0,00	1.416.770,59	164.269,10	14.115,00	109.819,13	1.485.335,56	1.186.672,59
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	14.132,00	0,00	14.132,00	67.607,00	-14.123,50	0,00	67.615,50	0,00
	160.204.322,17	-154.651,41	160.049.670,76	589.636,92	0,00	10.988.833,16	149.650.474,52	136.975.263,54
<b>III. Finanzanlagen</b>								
Anteile an verbundenen Unternehmen	144.070,79	0,00	144.070,79	0,00	0,00	0,00	144.070,79	67.376,50
	163.942.853,55	-154.651,41	163.788.202,14	748.461,59	0,00	11.162.812,64	153.373.851,09	140.426.741,63

## Entwicklung des Anlagevermögens

Kumulierte Abschreibungen			Buchwert		
Abschreibungen			Stand		
des					
Geschäftsjahres	Abgänge	Zuschreibungen	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
87.556,67	173.979,48	0,00	3.297.678,78	281.627,00	210.359,00
832.355,30	4.577.860,69	439.785,62	112.704.537,99	21.299.952,65	22.981.785,63
3.046,50	4.808.775,63	0,00	14.093.032,82	0,00	3.043,00
73.450,10	108.882,13	0,00	1.151.240,56	334.095,00	230.098,00
0,00	0,00	0,00	0,00	67.615,50	14.132,00
908.851,90	9.495.518,45	439.785,62	127.948.811,37	21.701.663,15	23.229.058,63
0,00	0,00	0,00	67.376,50	76.694,29	76.694,29
996.408,57	9.669.497,93	439.785,62	131.313.866,65	22.059.984,44	23.516.111,92



### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dresden, den 19. April 2012

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Möller  
Wirtschaftsprüfer

Seifert  
Wirtschaftsprüfer

### Corporate Governance Bericht

Das Bundeskabinett hat am 01. Juli 2009 die "Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung" im Bereich des Bundes verabschiedet. Die Grundsätze, bestehend aus Teil A: Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK), Teil B: Hinweise für gute Beteiligungsführung bei Bundesunternehmen, Teil C: Berufungsrichtlinien, lösen die bisherigen "Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen" sowie die unter ehemals Anlage 2 der "Hinweise" geführten "Berufungsrichtlinien" ab.

Der PCGK richtet sich u.a. an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, sofern der Bund mehrheitlich an ihnen beteiligt ist. Ziel des PCGK ist u.a., die Unternehmen und deren Überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen und die Rolle des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen.

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Senftenberg, ist ein 100 %iges Tochterunternehmen des Bundes. Mit Gesellschafterbeschluss vom 29. Dezember 2009 hat die Gesellschafterin der LMBV die Geschäftsleitung und das Überwachungsorgan der LMBV verpflichtet, die Bestimmungen des PCGK in der jeweils gültigen Fassung mit Zugang des Beschlusses zu beachten und diese auch in den Tochtergesellschaften der LMBV zur Anwendung zu bringen.

Die LMBV kommt mit dem vorliegenden Bericht den Anforderungen für das Jahr 2010 im Wesentlichen nach.

Die im PCGK enthaltenen Anforderungen und Empfehlungen waren zum überwiegenden Teil bereits in der Vergangenheit als verbindliche Anforderungen im Rahmen der Beteiligungsführung des Bundes an die Gesellschaft gerichtet. Insoweit hat die LMBV ihnen auch schon vor der Verpflichtung zur Beachtung des PCGK entsprochen. Im Übrigen können sich jedoch Abweichungen ergeben, da u.a. Zuständigkeiten durch den Gesellschafter anders geregelt sind.

## Darstellung des Frauenanteils im Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der LMBV setzt sich nach Drittelbeteiligungsgesetz aus neun Personen zusammen, darunter ist eine Frau.

## Entsprechenserklärung

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der LMBV haben sich mit den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 befasst und geben eine Entsprechenserklärung gemäß **Anlage 1** ab.

Bonn, den 06.03.2012

Senftenberg, den 29.02.2012

für den Aufsichtsrat

für die Geschäftsführung

gez. Dr. Hartmann

gez. Dr. Kuyumcu    gez. Dr. Meyer

**Entsprechenserklärung gemäß Ziffer 6.1  
des Public Corporate Governance Kodex des Bundes**

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Senftenberg, und der Aufsichtsrat der LMBV wurden mit Gesellschafterbeschluss vom 29. Dezember 2009 zur Beachtung der Bestimmungen des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) ab Zugang des Gesellschafterbeschlusses verpflichtet. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der LMBV haben sich mit den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 befasst und geben nach pflichtgemäßer Prüfung die folgende Entsprechenserklärung ab:

Die LMBV entspricht den Anforderungen und Empfehlungen des PCGK. Abweichungen resultieren aus der Tatsache, dass Zuständigkeiten durch den Gesellschafter bzw. in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates anders geregelt sind.

Vor diesem Hintergrund sind folgende Abweichungen von den Empfehlungen des PCGK zu verzeichnen:

Ziffer 4.3.1 und 4.3.3

Die Vergütung der Geschäftsführung wird durch den Gesellschafter festgelegt.

Ziffer 5.2.2 Die Empfehlung der Festlegung einer Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder fällt in den Aufgabenbereich des Gesellschafters der LMBV.

Ziffer 6.2.1 Die Darstellung der Vergütungen der Mitglieder der Geschäftsführung erfolgt im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert. Eine Einbeziehung der Pensionszusage und deren Offenlegung werden nicht vorgenommen, da die Vertragsparteien hierfür keine Offenlegung vereinbart haben.

Bonn, den 06.03.2012

Senftenberg, den 29.02.2012

für den Aufsichtsrat

für die Geschäftsführung

gez. Dr. Hartmann

gez. Dr. Kuyumcu

gez. Dr. Meyer